

b *unabhängige* **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



DEMO

19. JAN. 2013

Wir haben es satt!

Weiter so wie bisher, ist keine Option: Gemeinsam mit Treckern und vielfältigen Argumenten für bäuerliche Landwirtschaft, Tierwohl, Solidarität und gutes Essen zur Demo in Berlin. Motivationsspritzen auf den Seiten 2, 11-14 und 24

Agrarpolitik

Es ist höchste Zeit! Mit dem EU-Haushalt müssen Weichen für bäuerliche Agrarpolitik gestellt, Boden- und Klimapolitik sozial-ökologisch gestaltet, Tierschutz ernst genommen und Leguminosenanbau gefördert werden. Weitere Argumente auf den Seiten 3 - 6 und 10.

Gentechnik

Die Strukturen des neuen EU-weiten Einheitspatents und der Gentechnikindustrie bleiben undurchsichtig. Umso notwendiger sind Informationen über und Widerstand gegen Patente auf Leben, Gentechnikfreisetzungen und -anbau auf der Seite 18.

Die Seite 3

Vorsicht, klima-smarte Landwirtschaft! 3

Agrarpolitik

EU-Agrarreform im Parlaments-Ausschuss 4

Wissen wo die Stinker sind 5

Wo ist die Grenze? 10

Markt

Vielfältig geht's mit Leguminosen am besten! 6

Milch

Trecker nach Brüssel 7

Bewegung

Soziale Landwirtschaft 8

Humus als lebendige Grundlage 8

Bäuerliche Bewegungsspitze 16

Nachwachsen statt weichen 17

Bäuerlicher Boden 19

Schwerpunkt

Good Food - Good Farming! 11

Bauernhöfe statt Agrarfabriken 12

Regionale Produkte 12

Agrarpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe 13

Nachbau

Staat als Dienstleister der Privatwirtschaft 15

Gentechnik

Vorsicht bei Patenten 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Jörn Manke und Uwe Muschner, Seite 9;
 Landleben, Seite 19; Leserbrief, Seite 20; Lesen, Seite 21;
 Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Endspurt zur Reform der EU-Agrarpolitik. Es häufen sich die Berichte, dass das EU-Parlament schon dieses oder jenes entschieden hätte. Dabei stimmt das Parlament erst im März ab. Berichtet wird auch, die Agrarminister im EU-Agrarrat hätten diesen oder jenen Punkt schon vom Tisch geräumt. Abgesehen davon, dass der Agrarrat noch nie Hort von Reform-Fortschritt war, gilt auch hier: Von Einigkeit in wichtigen Fragen noch keine Spur. Und dann wird noch spekuliert, dass sich die Reform noch um ein Jahr verschieben könnte. Das alles macht den wenigen bisherigen großen Profiteuren Mut – soll es wohl auch. Es darf uns aber nicht den Blick darauf verstellen, dass jetzt erst der Reihe nach echte Entscheidungen bevorstehen. Die ersten wegweisenden Weichen stellt für Deutschland Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie wird Anfang Februar über Kernpunkte der EU-Agrarreform abstimmen. Dann steht der mehrjährige Haushaltsrahmen der EU wieder auf der Brüsseler Gipfel-Tagesordnung. Dabei geht es eben nicht allein um nackte Zahlen. Die Staats- und Regierungschefs wollen am 7./8. Februar auch zen-



Kommentar

Merkel braucht Druck

trale inhaltliche Weichen für die EU-Agrarpolitik stellen: Die Kanzlerin selbst entscheidet dann darüber, ob die Direktzahlungen verbindlich für alle Betriebe an wirksame Umweltstandards gebunden werden,

oder ob aus dem „Greening“ nur ein hellgrüner Anstrich wird. Noch ist die Chance da, mit einem vernünftigen Greening die vielen Betriebe in Europa zu stärken, die in Fruchtfolgen ackern und möglichst noch Leguminosen anbauen, die das Dauergrünland pfleglich nutzen und Wiesen und Weiden lebendig erhalten und die bereit sind, auf ihren Flächen und in ihrer Nutzung auf den Artenschutz zu achten. Wer ein echtes Greening verhindert, macht diese bäuerlich wirtschaftenden Betriebe zu Verlierern der EU-Agrarpolitik. Ministerin Ilse Aigner lässt nichts unversucht, das Greening auszuhöhlen. Frau Merkel muss nun Farbe bekennen.

Die Kanzlerin entscheidet zweitens maßgeblich darüber, ob die Direktzahlungen, die ein einzelner Betrieb pro Jahr erhalten kann, endlich nach oben hin begrenzt werden und die Arbeitsplätze bzw. Lohnkosten des Betriebes dabei positiv berücksichtigt werden. Der Einstieg in eine Staffelung mit Arbeitsbezug ist greifbar. Bisher gilt: Für jeden Hektar gibt's das gleiche Geld. Je mehr Fläche, umso mehr Geld. Es profitieren flächenstarke rationalisierte Ackerbaubetriebe, die umgerechnet auf bis zu 120.000 Euro Direktzahlungen je Arbeitskraft kommen, während bäuerliche Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhalten. Ministerin Aigner hat bisher alles daran gesetzt, den Ansatz der EU-Kommission im Keim zu ersticken. Die Kanzlerin hat nun dafür gesorgt, dass nach der Beschluss-Vorlage für den EU-Gipfel die Obergrenze voll ins Belieben der einzelnen Mitgliedstaaten gelegt werden soll. Es ist besser, der Gipfel sagt gar nichts dazu, als dass er das so beschließt und damit für das EU-Parlament falsche Vorfestlegungen trifft.

Drittens bestimmt die Kanzlerin in Brüssel mit, ob die EU die Länder finanziell überhaupt in die Lage versetzt, weiter gezielte und regional maßgeschneiderte Förderprogramme zur Entwicklung der ländlichen Gebiete und Gemeinschaften anzubieten. Für diese „zweite Säule“ legt der Gipfel sowohl das absolute EU-Budget fest als auch die Finanzierungsanteile, die die EU für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen übernimmt. Vor sieben Jahren, im Dezember 2005, hat die Kanzlerin hier massiv den Rotstift angesetzt und damit erhebliche Kürzungen in den Programmen auch der süddeutschen Bundesländer verursacht. Das darf sie nicht wiederholen. Das Land braucht besonders in den stadtfernen Regionen starke Impulse.

Also: ein echtes Greening, ein Einstieg in Staffelung mit Arbeitsbezug der Zahlungen und die Stärkung einer zukunftsfähigen ländlichen Entwicklung sind die Punkte, wo die Kanzlerin jetzt Stärke in Europa zeigen muss.

Das wird sie aber nur, wenn sie kräftigen öffentlichen Druck zu spüren bekommt. Alles ist noch drin – übrigens auch bei der Milch. Es liegt jetzt auch an jeder und jedem einzelnen von uns. Am 19. Januar heißt es, in Berlin Flagge zu zeigen: Für eine Agrarpolitik, die Hoffnung macht und Landwirtschaft mit der Gesellschaft versöhnt. Es lohnt sich!

Maria Heubuch, Bernd Vofß,
 Bundesvorsitzende der ABL

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Vorsicht, klima-smarte Landwirtschaft!

Wie die Agrarindustrie mit dem Argument des Klimaschutzes arbeitet

Die Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen sind gerade wieder einmal praktisch ergebnislos in Doha zu Ende gegangen. Seit dem Weltgipfel in Rio gibt es kaum Fortschritte. Nicht nur die USA, auch viele andere Industrie- und Schwellenländer wollen ihre Wirtschaft nicht wirklich verändern. Vor allem seit es den Handel mit Verschmutzungszertifikaten gibt, wollen Geschäftsberater scharenweise von seiner öffentlich finanzierten Lebensrettung profitieren, und die Industrie damit Image und Bilanzen aufpolieren. „Klimaneutral“ kann man nicht nur Flugreisen machen, indem man an Aufforstungsprojekte zahlt, sondern praktisch für jede CO₂-Sünde kann sich die Industrie zur Buße ein Projekt im Süden suchen. Das dürfen – perverser Weise – auch Palmölplantagen sein oder sogar Schweinemästereien, die mit einer Biogasanlage versehen werden. Auch die Schweinefarm La Granja in Mexiko, aus der 2010 der Schweinegrippevirus kam, ist ein klimafreundliches Projekt, weil ihre Biogasanlage Methanemissionen vermeidet. Da es zu wenig Projekte gibt, um die zu vielen Verschmutzungsrechte virtuell zu neutralisieren, wird nach weiteren Möglichkeiten gesucht. Der Kohlenstoff in den Böden kam bisher nicht infrage, weil er schwer messbar ist. Der Gehalt ist in jeder Tiefe, jeder Fläche und zu jedem Zeitpunkt unterschiedlich. Dabei ist das Potenzial, die Böden mit Kohlenstoff anzureichern, technisch riesig, hat der Weltklimarat IPCC errechnet. Um teure Messungen zu vermeiden, soll nun für ganze Landschaften der Kohlenstoffgehalt des Bodens geschätzt werden. Den im Klimapoker gängigen Übertreibungen wären noch weniger Grenzen gesetzt.

Klima-Farming – wie geht das?

Die Kohlenstoffsenke in den Böden kann auf den in USA, Australien und anderen Ländern eingerichteten „Carbon Markets“ mit Geld belohnt werden, wobei an anderer Stelle des Planeten Verschmutzungsrechte erkaufte werden. Auch wegen des niedrigen Preises unter 10 Dollar pro Tonne CO₂ braucht es ganze Landschaften, bis zumindest die Berater bezahlt sind. Kein Farmer kann sich die Teilnahme am Emissionshandel leisten, nur Großgrundbesitzer und Investoren. Landgrabbing wird noch stärker wachsen, wenn man zusätzlich „Klimafarming“ betreibt und Gelder im Emissionshandel kassiert. Vor allem Pflanzenkohle und Gentechnik-Herbizidresistenz sind

die bevorzugten Methoden des Klima-Farmings. Kohlenstoff als gemahlene Holzkohle vergraben und dafür Ablassgelder kassieren ist das Geschäft der Biokohle-Industrie (<http://www.biocarbon-international.org/>). Aber woher kommt die Holzkohle?



Die benötigten 500 Millionen Hektar Holzplantagen brauchen 1,5 mal die Fläche Indiens, warnt ein Offener Brief an die Klimaunterhändler, der von 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet wurde. Fürs Klima rechnet sich das nicht, selbst wenn in diesen Mengen statt Bäumen nur Ernterückstände in vielen kleinen Öfen verkohlt würden.

Conservation Agriculture

Der Boden speichert nicht nur Kohlenstoff, er lässt ihn auch als Kohlendioxid entweichen. Ungepflügter Boden verliert weniger CO₂ als gepflügter. Nachweislich langfristig ist jedoch auch dieser Speicher nicht. Trotzdem ist er für die Hersteller von herbizidresistentem Gentechniksaatgut Vorwand genug, ihre Technologie des Unkrautvergiftens statt Pflügen als klimafreundlich zu bezeichnen. Monsanto hat bereits mit dem verschleiernenden Begriff Conservation Agriculture die Vereinten Nationen als Fürsprecher gewonnen. In Afrika wird traditionell nicht gepflügt, und um den Frauen das Jäten zu erleichtern, werden Herbizide propagiert. Auch die Bundesregierung unterstützt Conservation Agriculture in Entwicklungsländern. Dass Agrarchemie aber unterm Strich klimaschädlich ist, wird mit neuen Begriffen wie klima-ineffizient und klima-smart abgebügelt. Wenn man nämlich die Produktivität erhöhe, fallen weniger Klimagas pro Kilo Produkt an, heißt es, und daher müsse man in höhere Produktivität investieren. Der tatsächlich klimafreundliche Ökolandbau und auch Pflanzenkohle-Er-

zeuger werden zu Komplizen gemacht, wenn sie sich als klima-smart darstellen lassen oder gar auf Geld aus dem Ablasshandel hoffen.

Das Vorzeigeprojekt der Weltbank

Bodenbedeckende Anbaufrüchte, Mulchen, Anbauzyklen, Brachemanagement, Kompost, Gründüngung, Agroforst, Ernterückständemanagement – alles Praktiken, die typisch sind für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft – sie alle propagiert plötzlich die Weltbank. Dafür, dass Bauern und Bäuerinnen mit diesen Methoden auf ihren Äckern Emissionen verringern, erhalten sie Zertifikate, die sie verkaufen können. Mit dem Geld sollen sie ihre Landwirtschaft weiter verbessern und sich auf die Klimaerwärmung einstellen können. Um den Klimaeffekt nachhaltiger Landnutzungsmethoden zu demonstrieren, hat die Weltbank in Kenia ein Vorzeigeprojekt gestartet. Tausende Bauern führen Maßnahmen gegen die Bodenerosion durch und verbessern degradierte Böden, um so mehr Kohlenstoff zu speichern. Das Kenya Biocarbon Project soll allerdings nicht nur höhere Produktivität und bessere Anpassung an den Klimawandel bringen, sondern vor allem für die Idee des Zertifikatehandels werben.

Alles nur Fassade

Nur leider rechnet sich die Sache nicht; jeder Kleinbauer würde pro Jahr nur etwa einen Dollar erhalten. Also bekommt das Geld die landwirtschaftliche Beratungsorganisation. Die Methoden sind überdies nicht neu, sondern werden von genau jenem Projekt seit zwei Jahrzehnten in Kenia propagiert. Nur der Ablasshandel ist neu und hat eine Million US-Dollar gekostet. Neben öffentlichen Mitteln ist einer der Geber die Syngenta-Stiftung. Die schweizerische Firma Syngenta ist der weltgrößte Pestizid-Erzeuger. Simon Mwamba von der East and South African Small Farmers' Federation warnt: „Klima-smarte Landwirtschaft wird als nachhaltige Landwirtschaft verkauft – doch wir befürchten, dieser Begriff ist nur eine Fassade, um auch die industrielle Landwirtschaft zu fördern, die Bauern in einem Kreislauf von Verschuldung und Armut festhält.“ Der Getreide- und Sojahandelsriese Cargill hat vom Emissionshandel profitiert, weil er die Biogasanlagen von riesigen Schweinemästereien in Südamerika finanziert hat. Die Weltlandwirtschaftsorganisation FAO erklärt, die industrielle Milchproduktion in den USA sei

„klima-effizienter“ als die extensive, kleinteilige Milcherzeugung in Indien. Andere Experten behaupten, Ölpalmenplantagen würden weniger CO₂ erzeugen als bäuerlicher Wanderfeldbau und sollten deshalb ebenfalls als klima-smarte Landwirtschaft gelten. Die Folgen der Klima-smarten Landwirtschaft wären katastrophal: Wenn großflächige Landinvestitionen durch zusätzliche Gewinne aus dem Emissionshandel lukrativer werden, weil sie zum Beispiel – wie vom Agrarmulti Monsanto propagiert – in der „Klima-smarten“ Conservation agriculture zur Unkrautbeseitigung Herbizide anstelle des Pflugs einsetzen, wächst die Gefahr, dass die Kleinen ihr Land an die Großen verlieren und als Arbeiter in die industriellen Wertschöpfungsketten gelegt werden.

Die eigentlichen Klimasünder aus der industriellen Landwirtschaft würden belohnt. Auch Klimasünder im Norden können sich mit der Klima-smarten Landwirtschaft einen Ablass verschaffen, indem sie Gutschriften aus Emissionsminderung kaufen und gleichzeitig weiter sündigen. Die Entdeckung der bäuerlichen Landwirtschaft durch die Weltbank würde sich als Förderprogramm für die Agrarindustrie entpuppen, mit Anschubfinanzierung von Steuerzahlern und Chemie-Multis.

Susanne Gura,

Dachverband Kulturpflanzenvielfalt



Auch auf dieser Seite, wie im Rest der ganzen Zeitung verteilt: Zwei von über 1.000 „CAP-Snaps“ – Überall in der EU haben Menschen zur Aktion „Good Food - Good Farming“ Schnappschüsse von sich und ihren Forderungen an die EU Agrarpolitik gemacht. Eine Auswahl der Bilder ist in dieser Ausgabe der Bauernstimme zu finden. Mehr unter: goodfoodgoodfarming.eu

EU-Agrarreform im Parlaments-Ausschuss

Erste Abstimmung am 23./24. Januar über Kompromisse und weiter strittige Fragen

Im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments (EP) stehen am 23. und 24. Januar Abstimmungen zu den verschiedenen Bereichen der EU-Agrarreform auf der Tagesordnung. Bis zum 12. Dezember haben Berichtersteller und Abgesandte der verschiedenen Fraktionen des EP in vielen Sitzungen versucht, gemeinsame Kompro-

misslinien zu finden: zum Greening, zur Kappung bzw. Staffelung, zur Marktordnung, zur Förderung der Ländlichen Entwicklung, zu Cross Compliance unter anderem. Nicht zu allem sind im Ausschuss mehrheitsfähige Kompromisse erreicht worden, so dass es Ende Januar auch echte Kampfabstimmungen geben wird.

Staffelung noch offen

Nicht einigen konnten sich die Sprecher auch der großen Fraktionen zur Obergrenze bzw. Staffelung der Direktzahlungen mit Berücksichtigung der betrieblichen Lohnkosten. Hier wird es also eine Art Kampfabstimmung im Ausschuss geben. Zur Milch sieht der Kompromissvorschlag für den Ausschuss die unveränderte Übernahme des „Milchpakets“ vor, das im letzten Jahr von Rat, Parlament und Kommission beschlossen wurde. Es hat EU-weite Möglichkeiten für Milchproduzenten zu einer begrenzten Bündelung eingeführt, allerdings mit Schutzklauseln für Genossenschaftsmolkereien. Es gibt aber in Teilen des Agrarausschuss ernsthafte Vorstöße, ein neues Instrument zum Eingreifen der EU in Krisenzeiten am Milchmarkt einzuführen. Der französische Abgeordnete

der Europäischen Volkspartei Michel Dantin ist zum Fürsprecher dieses Vorschlags geworden: Wenn der Erzeugerpreis ein bestimmtes Niveau (24 Cent/kg) unterschreitet, soll die EU denjenigen Milchproduzenten eine Entschädigung zahlen, die sich dazu verpflichten, mindestens drei Monate lang ihre Milchmenge gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um mindestens fünf Prozent zu drosseln. Gleichzeitig sollen Milchproduzenten, die in der Laufzeit dieser Maßnahmen ihre einzelbetriebliche Milchmenge um fünf Prozent oder mehr steigern, eine Strafabgabe zahlen müssen. Einen ähnlichen Änderungsantrag hatte übrigens auch schon die deutsche EU-Abgeordnete Elisabeth Jeggle (CDU) eingebracht. Das Bundesministerium unter Ilse Aigner (CSU) lehnt solcherlei bisher strikt ab. Im Kompromisspaket zur Marktordnung enthalten ist auch die Verlängerung der Pflanzrechte für Weinreben, die Verlängerung der Zuckerquoten, aber auch die Fortführung der Exporterstattungen.

Mit der nun im Januar anstehenden Abstimmung im Agrarausschuss gehen die Reform-Pakete wiederum in die anderen Ausschüsse wie Umwelt, Haushalt, Entwicklung. Die wiederum können Stellungnahmen mit eigenen Änderungsvorschlägen beschließen. Das gesamte Plenum des EU-Parlamentes soll dann Mitte März 2013 die endgültige Linie des Parlaments für die Verhandlungen mit Rat und Kommission beschließen. *uj*



Kraftfutter-Multis

Nach zahlreichen Übernahmen ergibt sich laut „Feed International“ folgendes Ranking unter den europäischen Mischfutter-Herstellern: Auf den ersten 4 Plätzen rangieren die niederländischen Konzerne Nutreco, ForFarmers, Agrifirm und DeHeus, gefolgt von der dänischen DLG, der französischen Glon und der deutschen Agravis Raiffeisen. Auf weiteren Plätzen: Veronesi (Italien), InVivo (Frankreich), DTC Deutsche Tiernahrung Cremer (Deutschland), AB Agri (GB), NNA (Frankreich), Aveve (Belgien), Bröring (Deutschland), Myronivski Hibo-product (Ukraine), Lantmännen Lantbruk (Schweden) und Mega (PHW-Wesjohann-Gruppe, Deutschland). *en*

misslinien zu finden: zum Greening, zur Kappung bzw. Staffelung, zur Marktordnung, zur Förderung der Ländlichen Entwicklung, zu Cross Compliance unter anderem. Nicht zu allem sind im Ausschuss mehrheitsfähige Kompromisse erreicht worden, so dass es Ende Januar auch echte Kampfabstimmungen geben wird.

Greening weichgespült

Zum Greening enthält der Kompromiss eine deutliche Abschwächung zum Vorschlag der EU-Kommission. Die ökologischen Kriterien Fruchtartenvielfalt, Dauergrünlandhalt und ökologische Vorrangflächen sollen ausschließlich für höchstens 30 Prozent der Direktzahlungen gelten. Die Kommission will die Einhaltung der Kriterien dagegen auch für die Cross-Compliance-Kontrolle verbindlich machen, so dass bei mehrjähriger Nichteinhaltung mehr als 30 Prozent abgezogen würde. Wird diese Verbindung gekappt, könnten sich einige Betriebe überlegen, gleich auf 30 Prozent zu verzichten und auf die Greening-Kriterien zu pfeifen – das Greening bekäme den Charakter von Freiwilligkeit, die Verbindlichkeit für alle wäre geschwächt. Zweitens sieht der Kompromissvorschlag eine Abschwächung bei allen drei Kriterien vor. Eine Frucht soll bis 80 Prozent der betrieblichen Ackerfläche im Jahr ausmachen dürfen. Dauergrünland soll nach 2014 weiter bis zu sieben (statt

fünf) Prozent der betrieblichen Grünlandfläche umgebrochen werden dürfen. Flächennutzungen in besonderem Umweltinteresse (ökologische Vorrangflächen) sollen im ersten Jahr nicht sieben, sondern drei Prozent der betrieblichen Ackerfläche entsprechen; nach zwei Jahren soll der Satz auf fünf Prozent steigen und nach einer Überprüfung dann gegen Ende der Förderperiode vielleicht auf sieben. Zudem sollen die Mitgliedstaaten aus Menülisten munter Ausnahmetatbestände von den Greening-Verpflichtungen wählen können. Die Grünen im EP-Ausschuss sind aus dem Kompromiss ausgestiegen.

Aigner kürzt bei Kleinen

AbL fordert Aufschlag für die ersten 20 ha je Betrieb

Auf Drängen auch aus Berlin soll die Staffelung in der Umschichtung wegfallen. In der Konsequenz sollen die Zahlungen dann linear gekürzt werden, unabhängig vom Gesamtbetrag je Betrieb. Die Folge: die Kleinen verlieren 8 Prozent, ein Betrieb mit 1 Mio. Zahlungen gewinnt 4,5 Prozent. AbL-Bundesvorsitzender Bernd Voß hat nun die AbL-Forderung wiederholt, diese Ungerechtigkeit aus dem Wegfall der Modulation auszugleichen. Zudem fordert er, allen Betrieben für die ersten 20 Hektar einen Aufschlag von 100 Euro je Hektar zu gewähren. „Es muss mehr Geld bei den kleineren und mittleren Betrieben ankommen, wenn wir die noch verbliebenen Betriebe erhalten wollen, und das wollen wir.“ Zudem fordert Voß von Berlin, den Vorschlag der EU-Kommission für eine gestaffelte Obergrenze mit Anrechenbarkeit der betrieblichen Arbeitskosten nicht länger zu torpedieren, sondern ihn zu unterstützen und positiv weiter zu entwickeln. *uj*

Wissen, wo die Stinker sind

Politische und persönliche Interessen bei der Ferkelkastration

Seit klar ist, dass die heute übliche Praxis, männliche Ferkel ein paar Tage nach der Geburt ohne Betäubung oder Schmerzausschaltung zu kastrieren, gesellschaftlich nicht länger toleriert wird, ringen die Branche und die Politik um Lösungen. Der Neuland-Verein und seine Bauern und Bäuerinnen haben schon vor vier Jahren eine Vorreiterrolle eingenommen und begonnen, auf den Betrieben mit einem System der Isofluran-Gas-Betäubung zu arbeiten. „Die anfängliche Skepsis ist längst gekippt und die Betriebe haben es gut hingekriegt, ihre Betriebsabläufe dementsprechend umzubauen“, bilanziert Martin Steinmann, Neuland-Bauer in Westfalen und durch seine Funktionen im Verein viel mit Berufskollegen in Kontakt. Zwar wird die klimaschädliche Wirkung des Gases von Kritikern wie dem Bauernverband gerne benutzt, um die Methode zu diskreditieren auch deshalb, weil sie so praxistauglich ist. Der echte Wermutstropfen bleibt die Tatsache, dass nur ein Tierarzt die Isofluran-Betäubung durchführen darf. Das treibt die Kosten hoch, wird aber inzwischen von den Neuland-Bauern und Bäuerinnen auch nicht mehr nur negativ gesehen. Schließlich gibt es den Aspekt, dass der Tierarzt nebenbei auch noch mal auf die Sauen guckt. Ansonsten hat sich das System mit der Anschaffung und überbetrieblichen Nutzung der Betäubungsgeräte für die Neuland-Betriebe bewährt. Befürchtete Hygiene-Probleme blieben bislang aus, die Sauen sind ruhiger, weil die Ferkel nicht schreien, was auch die Arbeitsatmosphäre für diejenigen verbessert, der kastriert. Die Ferkel sind schnell ruhig und schnell wieder fit. Probleme mit Unterkühlungen oder gar höhere Verluste, wie sie teilweise die Erfahrungen von Betrieben sind – Biobetriebe probierten das aus –, die per Spritze narkotisieren, treten nicht auf. Betäubungsmittel, die gespritzt werden müssen, dürfen zwar von den Bauern und Bäuerinnen selbst angewendet werden, erfordern aber viel Fingerspitzengefühl bei der Dosierung.

Armutzeugnis

Die Isofluran-Betäubung hingegen scheint nun auch für andere konventionelle Betriebe interessant zu werden. Die Erzeugergemeinschaft Osnabrück, ein Verbund von 270 Betrieben, die über einen Schlachtbetrieb vornehmlich an Fleischerfachgeschäfte liefern, betreibt derzeit ein Pilotprojekt unter wissenschaftlicher Begleitung der Tierärztlichen Hochschule Hannover. „Das Fleischerhandwerk hat sich deutlich gegen die Ebermast ausgesprochen“, erklärt Rudolf Festag, Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft die Motivation für das Projekt, „das sind unsere Kunden.“ Von der praktischen Seite sieht er kaum Bedenken, auch in den Projektbetrieben läuft die Isofluran-Betäubung

ähnlich problemlos wie bei Neuland. Problematisch sind die Mehrkosten von rund einem Euro pro Ferkel, von denen fast die Hälfte die Tierärztkosten ausmachen. Hier müsste die Politik tätig werden. Aber: ganz entgegen den Erfahrungen aus der Praxis wurde jüngst das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration in der Tierschutzgesetzesnovelle von 2017 auf 2019 verschoben mit der Begründung, es gebe keine praxistauglichen Alternativen. Als „Erfolg für die Lobbyisten der Agrarindustrie, aber ein Armutzeugnis für Ministerin Aigner und die sie tragende Koalition“, bezeichnete der Sprecher für Agrarpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich Ostendorff, den Vorgang. Mit einer Forcierung des Strukturwandels wurde die Verlängerung vom agrarpolitischen Sprecher der Unionsfraktion Franz-Josef Holzenkamp begründet. Gerne benutzt auch der Bauernverband diese Argumentation, um gegen Tierschutzänderungen vorzugehen. Dabei ist die Frage des Aufgebens oder Veränderns keine, bei denen eine zwei Jahre längere Übergangszeit eine Rolle spielt, das wissen auch die, die sie fordern.

Tierschutz lohnt

Im Fall der Ferkelkastration sind nicht nur die Bauern und Bäuerinnen vor Entscheidungen gestellt, sondern auch das Metzgerhandwerk. Ein großer Schlachthof kommt mit einzelnen eventuell auch mal stinkenden Ebern zurecht, der kleine Metzger kriegt ein Problem mit seinen Kunden. Deshalb sucht ja Rudolf Festag rechtzeitig nach Alternativen, indem er jetzt die Isofluran-Betäubung ausprobiert. Auch der direktvermarktende Schweinehalter Helmut Keller aus dem bayerischen Rothenburg sucht nach Wegen, die Kastrationsfrage zu beantworten, stößt auf Isofluran und darf es nicht selbst anwenden, wird aber nicht aufgeben. Er hatte sich auch schon früh Gedanken dazu gemacht, wie die Gruppenhaltung für Sauen für seinen kleinen Betrieb (30 Sauen und Mast) umsetzbar ist. Er hat umgebaut, hält weniger Tiere und ist zuversichtlich, dass es klappt. Gleichzeitig berichtet er von seinen Nachbarn: Der eine hat die Gruppenhaltungsverpflichtung zum Anlass genommen aufzuhören, der andere hat aufgestockt. Er selbst habe die Erfahrung gemacht, dass „ein gewisses Tierwohl sich auch lohnt“, einen Teil seiner Sauen hält er auf Stroh, die anderen auf Spalten. „Im Winter geht es den Tieren auf Stroh deutlich besser“, ist seine Bilanz, im Sommer nehme es sich nichts. Es ist auch eine individuelle Frage, ob Tierschutz zum Instrument der Marktdifferenzierung und Wertschöpfung wird oder den Strukturwandel anheizt. cs

Kurzes am Rande

Premiumförderung für tiergerechte Haltung

Zwei unterschiedliche Fördersatzes für Stallneubauten soll es im Agrarinvestitionsförderprogramm AFP ab 2014 in Deutschland geben: Der Planungsausschuss von Bund und Ländern für Agrarstruktur und Küstenschutz hat bei seiner jüngsten Sitzung Mitte Dezember eine Basisförderung von bis zu 20 % der Investitionssumme beschlossen. Für besonders tiergerechte Haltung mit Standards, die über den tierschutz- und baurechtlichen Vorgaben liegen, kann eine Premiumförderung von bis zu 40 % beantragt werden. Der Deutsche Bauernverband bezeichnete diese Ausrichtung des AFP als Extensivierungsförderung und kritisierte, dass das Vortreiben der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Vordergrund stehe. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft BÖLW erinnerte hingegen an die weitaus ambitionierteren Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums wenige Wochen zuvor: Eigentlich war, unterstützt von Stimmen aus der Wissenschaft, bäuerlichen sowie Umwelt- und Tierschutzverbänden, eine Abschaffung der Regelförderung und ausschließliche Vergabe von Bauzuschüssen für tiergerechte Haltungsverfahren angekündigt worden. cw

Ideewettbewerb für glückliche Schweine

Dreimal 500 Euro plus Urkunde lobte die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) in einem Ideewettbewerb unter dem Motto „Beschäftigungsmöglichkeiten für Schweine“ aus. Eine Jury aus Mitgliedern des DLG-Fachausschusses für Tiergerechtigkeit wählte drei Objekte aus, die „den Anforderungen in besonderem Maße entsprachen.“ Wichtigster Aspekt der Beurteilung war „die Befriedigung der typischen Verhaltensweisen sowie die hygienische Unbedenklichkeit und Funktionssicherheit.“ Die Preisträger sind Mirjam L e c h n e r von der Erzeugergemeinschaft UEG Hohenlohe-Franken, das Landwirtschaftszentrum Haus Düsse der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen sowie die Schüler der Fachschule für Agrarwirtschaft Meschede. Ob die revolutionäre Idee „Stroheinstreu“ eingereicht wurde, ist nicht bekannt. cs

Ökolandbauförderung nicht so wichtig

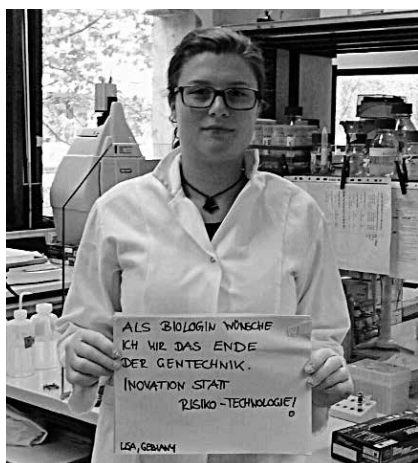
Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck traut sich als erster, Mittelkürzungen für den ökologischen Landbau anzukündigen. Auf einem Bauerntag wies er darauf hin, dass sich der finanzielle Handlungsrahmen in Brandenburg in den kommenden Jahren zunehmend verengen werde. Auch aus den EU-Töpfen seien in der nächsten Förderperiode deutlich geringere Zuweisungen zu erwarten. „Ich bin mir aber auch bewusst, dass diejenigen, die Ökolandbau auf großen Flächen betreiben wollen, Unterstützung brauchen, um diese Umstellung auch wirtschaftlich verkraften zu können“, betonte der Ministerpräsident. Dabei hat Brandenburg in seiner Mitte Berlin, die „Bio-Hauptstadt“ wie Platzeck auch betonte. Trotzdem beeinflusst das offenbar kaum seine finanzielle Prioritätensetzung. Spätestens jetzt sollten die Bioanbauverbände gewarnt sein, die sich in ihren Forderungen zur EU-Agrarreform immer ausschließlicher auf die Stärkung der zweiten Säule kaprizieren. cs



Vielfältig geht's mit Leguminosen am besten!

Das Jahr 2012 aus Sicht der Leguminosen

Das Jahr 2012 startete aus pflanzenbaulicher Sicht mit einer zweiwöchigen Kälteperiode, die uns von Ende Januar bis zum 12. Februar Temperaturen bis minus 20 °Celsius bei minimaler Schneedecke bescherten. In höheren Lagen winterter bis zu 80 Prozent des Wintergetreides aus. Unter den Auswinterungsschäden waren auch die wenigen Hektar an Winterleguminosen wie Winterackerbohne und Wintererbse. Mancherorts litt auch ein zu üppig oder zu wenig entwickeltes Klee gras unter den kalten Temperaturen. In der Regel gab es hier aber keine nennenswerten Schäden. Innerhalb des seit März 2011 laufenden Projektes „Vom Acker in den Futtertrog“ wurde auf vier Demonstrationsbetrieben (2 Ökologisch/2 Konventionell) und auf 26 weiteren Höfen (13 Ökologisch/13 Konventionell) der Anbau von Leguminosen begleitet. Abgefragt wurden darüber hinaus auch Erfahrungen im Leguminosenanbau der vergangenen Jahre und die Verwertung. Die meisten Betriebe liegen in Westfalen mit über-



wiegend schweren Böden, auf denen die Ackerbohne als die anbauwürdigste Körnerleguminose gesehen wird. Unterschiede gibt es zwischen den Anbausystemen. So werden im konventionellen Landbau fast nur Reinsaaten angebaut, während im ökologischen Landbau auch eine Vielzahl von Gemengevarianten wie zum Beispiel Ackerbohne/Hafer oder Erbse/ Sommergerste zu finden sind.

Leguminosenmüdigkeit?

Die Ackerbohnerträge konnten sich auch in diesem Jahr wieder sehen lassen. Mit durchschnittlich 54 dt/ha im konventionellen wie 39 dt/ha im ökologischen Landbau lagen sie über dem Schnitt der Jahre. Die Spannweite reichte von 40 bis 74 dt/ha im konventionellen und 28 bis 45 dt/ha im ökologischen Landbau. Die Rohproteingehalte der Ackerbohnen lagen je nach

Sorte zwischen 26 und 28 Prozent. Die Erbsen hatten keine so große Bedeutung im Monitoring, sollen hier aber nicht unerwähnt bleiben, da sie bundesweit am meisten angebaut werden. Erträge im konventionellen schwankten zwischen 45 und 60 dt/ha, im ökologischen Landbau bei 10 bis 30 dt/ha. Speziell im ökologischen Landbau gibt es schon seit längerem den Sammelbegriff der Leguminosenmüdigkeit. Letztendlich ist es ein Ursachenkomplex bestehend aus Aussaatbedingungen, Schaderregern, Bodenversorgung, Unkraut und wenig neuen Sorten. Einige von diesen Punkten treffen für beide Bewirtschaftungsweisen zu, wie zum Beispiel die Aussaatbedingungen und die geringen Züchtungsaktivitäten. Bei der Unkrautproblematik sind die konventionellen Betriebe durch den Einsatz von Herbiziden im Vorteil. Auch werden hier mitunter Insektizide und Fungizide eingesetzt. Es gibt aber auch konventionelle Betriebe, die mit extensiverer Behandlungsstrategie 65 dt/ha ernteten. Beim Thema Nährstoffversorgung gibt es ein essentielles Bedürfnis

gut übertragene Pilzkrankheit, leidet und es dadurch zu massiven Ertragsausfällen kommen kann. Des Weiteren versuchten sich einige Bauern und Bäuerinnen an der Sojabohne. Immerhin konnten Erträge zwischen 18 bis 36 dt/ha geerntet werden.

Ökonomische Betrachtung

Als Bewertungsgrundlage wird die Direkt- und arbeitserledigungskostenfreie Leistung (DAL) berechnet. Vergleicht man die DAL bei der Ackerbohne zwischen den Bewirtschaftungsweisen, liegt der Ökolandbau mit 546 €/ha gegenüber 430 €/ha vorne. Hauptfaktor sind die nicht anfallenden Aufwendungen für den Pflanzenschutz. Im Folgenden wird für den konventionellen Landbau eine „enge Fruchtfolge“, bestehend aus Weizen/ Weizen/ Raps, mit einer „Leguminosenfruchtfolge“ oder anders ausgedrückt „vielfältigeren Fruchtfolge“ bestehend aus Gerste/ Raps/ Weizen/ Ackerbohne/ Weizen, verglichen. Herangezogen wurden hierzu die langjährigen Erträge aus den Feldprotokollen

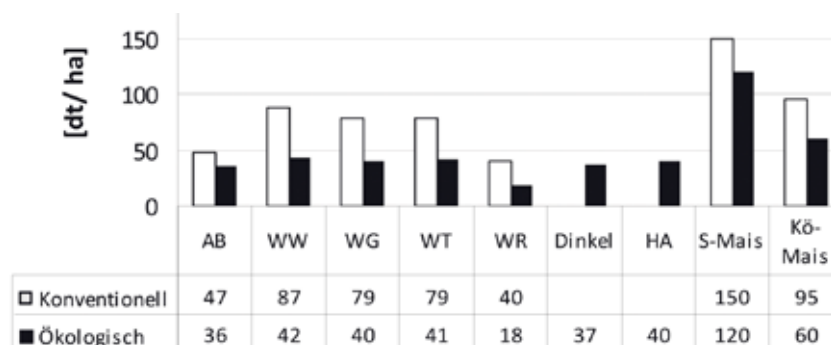
zugeschrieben. In unseren Erhebungen zeigte sich aber, dass maximal 20 kgN/ha weniger zur Nachfolgefrucht Weizen gedüngt wurden. Im ökologischen Landbau werden diese Leistungen viel deutlicher. Stickstoff ist hier systembedingt ein knappes Gut. Leguminosen spielen daher eine wichtige Rolle und tragen die Fruchtfolge. Aber der Anbauumfang von Körnerleguminosen geht auch hier tendenziell zurück. Aus ökonomischer Sicht ist es nicht nachvollziehbar. In einer siebenfeldrigen Fruchtfolge bestehend aus einem zweijährigen Klee gras/ Sommerweizen/ Wintertriticale/ Ackerbohne/ Winterweizen/ Hafer erreichen die klassischen Marktfrüchte (das Klee gras ist hier ausgenommen) einen DAL von 599 €/ha. Der Sommerweizen (DAL 910 €/ha) und der Winterweizen (646 €/dt) sind hier die ökonomisch besten Kulturen. Dies aber nur, da sie beide nach Leguminosen stehen und so von dem Vorfruchtwert der Leguminose am meisten profitieren. Externe Dünger sind teuer und sicherlich nicht nur aus ökonomischen Gründen zu hinterfragen. So wurden Preise für Haarmehlpellets von 3,88 kgN angenommen. Bei Hühnertrockenkot sind es derzeit etwa 2,20 kgN.

Politische Forderungen

Das Leguminosen-Monitoring hat gezeigt, dass die Betriebe, die die Kulturen von der pflanzenbaulichen Seite im Griff haben und sie - besonders im konventionellen Landbau - innerbetrieblich verwerten können, von der Integration der Leguminosen keine ökonomischen Nachteile haben. Viele ihrer externen Leistungen werden dabei noch gar nicht genügend berücksichtigt. Im ökologischen Landbau sind Leguminosen bei Anrechnung der Nährstoffzüge nicht aus dem System wegzudenken. In der anstehenden Agrarreform dürfen die Chancen für eine Ökologisierung der Landwirtschaft nicht vertan werden. Leguminosen spielen hier eine zentrale Rolle. Passen Rahmenbedingungen, betriebliche Voraussetzungen und Erträge, sind Körnerleguminosen schon heute innerhalb der Fruchtfolge ökonomisch konkurrenzfähig. Mit global witterungsbedingten Ertragsausfällen werden wir es in Zukunft auch vermehrt mit teuer erkaufte Verfügbarkeiten von Soja zu tun haben. Es gibt also viele Gründe sich für diese wertvolle Pflanzenfamilie einzusetzen.

Christoph Dahlmann, AbL-Projekt
„Vom Acker in den Futtertrog“

Durchschnittliche Erträge der Arten über die Jahre



nach einer ausreichenden Molybdänversorgung, da der Mikronährstoff bei der Stickstofffixierung eine wichtige Rolle spielt. Des Weiteren sollten Anbauabstände von fünf Jahren bei der Ackerbohne und mindestens sechs Jahre bei der Erbse eingehalten werden. Wichtig ist es, darauf zu achten welche Arten sonst noch in der Fruchtfolge stehen. So ist zum Beispiel die Wicke eine Wirtspflanze für Schaderreger, die an der Erbse auftreten. Ein zu hoher Rotkleeanteil in einer Erbsenfruchtfolge ist nach jüngeren Erkenntnissen auch nicht empfehlenswert. Ein kleiner Exkurs geht auf die ökologischen Demonstrationsbetriebe. Auf diesen wusste die weiße Lupine zu gefallen. Mit 35 dt/ha und Rohproteingehalten von über 32 Prozent ist sie durchaus konkurrenzfähig zur Ackerbohne. Wobei es Jahre gibt, in denen die Lupine unter Antracnose, eine durch das Saat-

(siehe Tabelle). Auffällig ist, dass die „enge Fruchtfolge“ der „vielfältigeren Fruchtfolge“ solange überlegen ist, wie der Futterwert der Ackerbohne nicht angerechnet wird. In der Regel zahlt der Handel schlecht für Körnerleguminosen. Im Sommer 2012 waren es 28 bis 29 €/dt, obwohl sie im Futtertrog mindestens fünf bis 8 €/dt mehr wert waren. Wird dies berücksichtigt, ist die „vielfältigere Fruchtfolge“ mit einem DAL von 840 €/ha der „engen Fruchtfolge“ mit 845 €/ha fast ebenbürtig. Innerhalb dieser Fruchtfolge ist bei der Betrachtung der einzelnen Früchte, zwar die Ackerbohne am schwächsten, aber dies liegt daran, dass die sogenannten externen Effekte wie Vorfruchtwert, Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und Unterbrechung von Infektionszyklen, in der Praxis zu wenig Beachtung finden. Ein Beispiel: Eine Ackerbohne wird ein Vorfruchtwert in der Regel von 30 bis 50 kgN/ha



Trecker nach Brüssel

In der EU wird über die Zukunft des Milchmarkts entschieden

Es war ja nun wirklich nicht das erste Mal, dass ich in Sachen BDM an entsprechenden Demonstrationen teilgenommen habe. Unbequeme, größtenteils schlaflose Nächte im Bus oder im Auto und langes Stehen am Ort der Demonstration nahm ich bereitwillig in Kauf, denn die Empörung war groß und ohne Frage ist es wichtig, die BDM-Forderungen auch auf diese Weise zu unterstützen. Um es diesmal aber gleich vorweg zu sagen: Weniger Milch verpötschern hätte es auch getan und Polizisten sind nicht die Prügelknaben der Nation! Der Milchstrahl hat hier die Falschen getroffen. Brennende Reifen kann man sich auch echt sparen! Aber natürlich weiß ich wie groß der Druck auf den Höfen ist und die Wut der belgischen Jungbauern über die Borniertheit der Entscheidungsträger ist absolut nachvollziehbar! Dass hier dann Dampf aus dem Kessel gelassen wird, verwundert nicht. Etwas war bei dieser Demonstration aber anders, oder besser gesagt komisch. Schließlich stieg der Milchpreis wieder und sollte gerade noch mehr steigen und so fehlte der Anreiz der Empörung. „Wieso wollt ihr denn demonstrieren, das wird doch wieder?!“, bekam ich von manchen Berufskollegen zu hören. So nach dem Motto wieso Stau, vor mir ist doch alles frei! Da sieht man doch mal, wie dankbar man als Milchbauer/bäuerin geworden ist und sich schon über wenige Cent mehr freut. Dass dies jedoch aus einem absoluten

Preistief geschieht und bei weitem noch nicht ausreichend ist, verdrängt offensichtlich so manch einer. Auch über unsere Forderungen nach Verlängerung der Milchmarktordnung mit Flexibilisierung der Marktsteuerung, musste ich immer wieder Rede und Antwort stehen. Wie gut war es dann, bereits im Bus Gespräche mit weiterdenkenden Berufskollegen zu führen oder auch nur mitanzuhören. Spätestens in Brüssel angekommen gab mir der Zusammenhalt der ebenfalls weitgereisten Kollegen dann den letzten Kick! Beim Eintreffen der etwa 800 Treckerfahrer war die Begeisterung unter den Menschen groß und ich habe große Achtung davor, dass die Fahrer diese Strapaze auf sich nehmen um auf diese Weise einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Nach den Kundgebungen folgte dann eine Aktion, die mich als Warmduscher zunächst doch ein bisschen verschreckt hat: Das Besprühen der Fenster des Europaparlaments mit Milch. Im nächsten Moment war mir jedoch bereits klar, dass es dort genau die richtigen selbstherrlichen, engstirnigen Leute trifft. Mein Lob an dieser Stelle an diejenigen, die hier mutiger sind als ich und vor allem an jene, die diese Demonstration organisiert haben. Nicht schlapp machen liebe Mitstreiter, wir stehen für eine anständige Zukunft. Und wenn wir noch mal „los“ müssen, dann tun wir's!

Anneli Wehling, Milchbäuerin und BDM-Aktivistin aus Schleswig-Holstein



Impressionen aus Brüssel.

Fotos: EMB

Unterstützung für Weltmarkterschließung

EU, Bund und Länder sollten Unterstützung leisten, damit die Milchbauern und -Bäuerinnen den Binnen und Weltmarkt noch besser erschließen könnten, fordert der Bauernverband. „Alles was hilft, die Milchbauern wettbewerbsfähiger auf dem Markt zu machen und mit ihren Molkereien Marktanteile zu sichern und auszubauen, hat unsere volle Unterstützung“, erklärte der DBV-Vizepräsident Udo Folgart. Die Politik solle „Milcherzeuger und Molkereien dabei unterstützen, gegenüber den Discountern des Lebensmittel Einzelhandels hartnäckiger auftreten zu können.“ Eine Steuerung des Milchpreises durch Politik und Verwaltung lehnt Folgart ab: „Mit Vorschlägen von gestern können die Bauern nicht die dringend notwendigen Einkommen erwirtschaften.“ pm

Auch US-Milchbauern machen Miese

Das US-Landwirtschaftsministerium hat Daten veröffentlicht, wonach die Kosten für die Erzeugung von einem Liter Milch im Durchschnitt der US-amerikanischen Betriebe im Oktober diesen Jahres bei rund 43 Cent lagen. Das sind fast 9 Cent mehr als im Vorjahresvergleich. Verantwortlich gemacht werden die immens gestiegenen Futterkosten. Einen Preis, der ihre Kosten deckt erhalten auch die US-Milchbauern nicht: auch im Oktober 2012 waren es im Durchschnitt 36 Cent pro Liter, den die Molkereien auszahlten. Milcherzeugung in den USA war in weiten Teilen des Jahres ein Verlustgeschäft, so die Bilanz der Agrarstatistiker. cs

Hippes Milchverplempern

Das Internet hat einen neuen Trend: er kommt aus Nordengland und Schottland und es sind Jungs, die sich – besonders gern an öffentlichen Orten – einen Liter, oder besser noch eine Gallone Milch über den Kopf gießen, das Ganze filmen und dann auf Youtube hochladen. Milking heißt es und ist scheinbar ohne Sinn und Verstand. Zwar kursiert auch, Milking sei Kritik an Autoritäten aber genauer erklärt das keiner. Nun hat sich die österreichische Agrarmarketingorganisation AMA zu Wort bzw. zu Bild gemeldet und ihrerseits ein Video auf Youtube eingestellt. „True Milking“ soll den Jugendlichen Milchduschern vor Augen führen, dass sie ein wertvolles Lebensmittel verschwenden, angeblich aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger. Vielleicht muss man Milking einfach nur als subversive Milchmengenregulierung verstehen. cs

Milch Board bringt neuen Preis-Index

Wo liegt der kostendeckende Erzeugerpreis für Milch? Bisher gibt es verschiedene Methoden zur Berechnung, die zum Teil stark voneinander abweichen. Um für ganz Deutschland und möglichst auch für andere EU-Mitgliedstaaten eine belastbare und vergleichbare Methode zu entwickeln, haben die deutsche MEG Milch Board und das European Milk Board (EMB) Wissenschaftler um Dr. Karin Jürgens aus Göttingen (u.a. auch Prof. Dr. Onno Poppinga) mit der Entwicklung eines solchen neuen Ansatzes beauftragt. Herausgekommen ist der so genannte Milch-Marker-Index (MMI). Grundlage sind öffentlich zugängliche Daten der EU und des Statistischen Bundesamtes. Ergänzt mit aktuellen Preis-Entwicklungen werden daraus durchschnittliche Erzeugungskosten nach Bundesländern errechnet. Verbunden mit einem Einkommensansatz (unter Berücksichtigung der Direktzahlungen) wird daraus der Index MMI gebildet, der ab der Grünen Woche 2013 für die drei Regionen Nord-, Ost- und Süddeutschland wahrscheinlich vierteljährlich veröffentlicht werden soll. Das Milch Board will damit die in Milcherzeugergemeinschaften gebündelten Milcherzeuger für die Preisverhandlungen mit den Molkereien stärken. uj



Kurzes am Rande

Soziale Landwirtschaft

Die AbL Franken trifft sich auf dem Hof der WAB Kosbach

Der Kleinsthof - 5,5 ha - der WAB (Wohnen-Arbeiten-Befähigen) Kosbach wirtschaftet mit anderen Schwerpunkten, denn nicht die landwirtschaftliche Produktion steht hier im Vordergrund, sondern die Arbeit mit Menschen, die unter psychischen Beeinträchtigungen leiden. Hier traf sich die AbL-Franken. Der Hof ist eine gemeinnützige GmbH unter privater Trägerschaft. Fast alle der hier untergebrachten Menschen gehen einer geregelten Tätigkeit nach, zum größten Teil in einer externen Werkstatt für behinderte Menschen. Zurzeit arbeiten etwa 15, meist Männer, im gärtnerischen/landwirtschaftlichen Bereich. Es werden Kartoffeln, Getreide und die verschiedensten Gemüse biologisch angebaut. Aus dem Getreide wird Brot gebacken, das neben der Selbstversorgung im Hofladen zusammen mit anderen Produkten vermarktet wird. Die Tierhaltung besteht momentan aus Hühnern, Enten, Gänsen und Bienen. Finanzieren kann sich ein solcher landwirtschaftlicher Betrieb natürlich nicht durch die Produktion. Die Erfahrung zeigt, wie aufbauend und wohltuend die Arbeit im Garten, auf dem Feld oder der Umgang mit Tieren sein kann.

Eigentlich ist das Wort Landwirtschaft nur ein Oberbegriff, wohingegen die Bezeichnung „bäuerlich“ eine landwirtschaftliche Tätigkeit qualitativ beschreibt, nämlich als ein nachhaltiges Wirtschaften, ein verantwortungsvolles Pflegen und Sorgen im Einklang mit Menschen und Natur.

Mit der Natur

Doch darf darüber nicht vergessen werden, auch im ländlichen Raum nehmen die psychischen Erkrankungen zu. Die eigentlich wohltuende bäuerliche Arbeit, das freie Wirtschaften mit der Natur wird zunehmend sabotiert. Eine zunehmende und oft kränkende Papier- und Antragsflut, der stärker werdende wirtschaftliche Druck verbunden mit höherer Arbeitsbelastung sowie die sich verändernden Normen und Werte erschüttern die bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelten. Das erzeugt in den landwirtschaftlichen Familien Sinnkrisen und Orientierungsverlust und kann dann beim Einzelnen zu psychischen Erkrankungen führen.

Uwe Muschner, AbL-Franken

Nachbau: Schaden für wen?

Das Verfahren ist entschieden, Zweifel bleiben dennoch. Nun hat auch der Bundesgerichtshof endgültig verfügt, dass Bauern und Bäuerinnen, die – egal ob wider besseren Wissens oder mit Vorsatz – ihre Nachbauerklärung falsch abgeben, von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) zur Leistung von Schadensersatzzahlungen aufgefordert werden können. Eine landwirtschaftliche GbR, die sich geweigert hatte, mehr als die der STV entgangenen Nachbaugebühren nachzuzahlen, wurde zunächst vom Oberlandesgericht zur Zahlung verurteilt. Revisionsverfahren vor dem EuGH und nun auch dem BGH blieben ohne Erfolg. Beiden höchsten Gerichtshöfen muss man aber gewisse Mängel im Umgang mit dem Verfahren attestieren. So verwechselt der EuGH in seiner schriftlichen Urteilsbegründung häufig Kläger und Beklagte und argumentiert weder besonders schlüssig noch besonders verständlich. Der BGH hat sich trotzdem nicht die Mühe gemacht, sich noch einmal inhaltlich mit dem Fall zu befassen und offensichtlich die Sache mit einem schnellen Urteil vom Tisch haben wollen. *cs*

Für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Gewerkschaften und Sozialverbände fordern gemeinsam mit Erwerbslosen, Bauern- und Umweltverbänden ein menschenwürdiges Existenzminimum und wollen dazu eine gesellschaftliche Debatte anstoßen, wie viel ein Mensch zum Leben braucht. Am 6. Dezember ging das neue Bündnis mit seinem Positionspapier an die Öffentlichkeit (www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org.) Die Analyse des derzeitigen Regelsatz-Systems zeigt, wie wenig der tatsächliche Bedarf zum Leben berücksichtigt wird. Hartz IV- und Sozialhilfeberechtigte, von Armut bedrohte RentnerInnen, Kranke oder behinderte Menschen und Flüchtlinge stehen am Ende einer Armutsspirale, die bei unfairen Erzeugerpreisen beginnt und sich über Billigstlöhne in der Verarbeitungs- und Handelskette millionenfach fortsetzt und die Ausplünderung natürlicher Ressourcen sowie die Zerstörung regionaler Märkte in Kauf nimmt. „Die AbL macht beim Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum mit, weil faire Löhne und faire Regelsätze erst die Voraussetzung dafür schaffen, dass ein Großteil der Menschen sich den Preis für fair erzeugte Lebensmittel leisten kann,“ erklärte Ottmar Ilchmann, Milchbauer im niedersächsischen AbL-Landesvorstand. *cw*

AGRARPOLI – agrarpolitisches Bildungsprojekt

Die Agrar Koordination hat vor 8 Jahren ein Jugendbildungsprojekt namens BIOPOLI ins Leben gerufen, das jährlich etwa 2000 Jugendliche und junge Erwachsene erreicht. Bundesweit werden rund 40 fachnahe ReferentInnen methodisch geschult, um in Schulen und Jugendgruppen z.B. über Agrogentechnik, Patente auf Leben, Klima und Landwirtschaft und andere wichtige agrar- und entwicklungspolitische Themen zu berichten. In einer Pilotphase 2013 wird nun das Projekt AGRARPOLI das BIOPOLI-Projekt ergänzen. Zielgruppen werden SchülerInnen von landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen in Deutschland sein. Für ein konsequentes Umdenken in der Landwirtschaft hin zu selbstbestimmter, inputreduzierter und ökologisch ausgerichteter Wirtschaftsweise ist die Ausbildung junger LandwirtInnen von großer Bedeutung. Den angehenden Bäuerinnen und Bauern soll die Möglichkeit gegeben werden, über ihren eigenen Tellerrand zu schauen und zu erfahren wie man sich für eine ökologische, soziale und global gerechte Landwirtschaft stark machen kann. Hierfür suchen wir noch engagierte ReferentInnen aus der praktischen Landwirtschaft, die Lust auf Bildungsarbeit haben. Ein erstes Treffen ist für den 31. Januar 2013 geplant. Wer sich angesprochen fühlt, melde sich bitte bei Sandra Blessin (sandra.blessin@agrarkoordination.de oder unter der Telefonnummer: 040-73 44 84 59). *cw*

Humus als lebendige Grundlage

AbL Regionalversammlung Chiemgau-Inn-Salzach

Bleibe wäre das Gasthaus Reiter zu klein gewesen: In der voll besetzten Gaststube fanden neben den Neuwahlen der AbL Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach zwei interessante Vorträge über die Bedeutung von Humus statt. Als neue Regionalsprecher wurden Hubert Hochreiter und Gertraud Gafus gewählt. Der Biobauer Sepp Braun aus Freising überschrieb den folgenden ersten inhaltlichen Beitrag mit dem Titel; „Humus – unser aller Lebensgrundlage“. Der Boden müsse „lebendig“ gemacht werden, um gute Voraussetzungen für das Gedeihen von Pflanzen zu schaffen. Dieses Ziel sei besonders mit Mischkulturen und dem Anbau von mehr als einer Pflanze auf den Äckern zu erreichen.

Kleine Nutztiere

Sehr gut für die Regenwasser Aufnahme des Bodens seien zudem Regenwürmer. Pro Quadratmeter graben 600 Regenwürmer Röhren mit einer totalen Länge von 440 Metern. Dadurch kann der Boden bis zu 150 Liter Wasser pro Stunde absorbieren ohne Schaden zu nehmen. Über die Rolle der Bienen beim Humusaufbau sprach anschließend der Imker Simon Angerpointner aus Teisendorf. Für die Humusbildung brauche es Bewuchs und Durchwurzelung von Pflanzen, die wiederum größtenteils auf die Bestäubung durch Bienen und anderen Insekten angewiesen sind. Sterben die Bienen,

dann sterben die Pflanzen, dann sterben die Vögel, Tiere, Amphibien und letztlich auch der Mensch. Leider sei es nicht gut bestellt um die Bienen, sagte Angerpointner, denn die intensiv betriebene Landwirtschaft mit ihren Monokulturen, keinen Blütenwiesen, ihren Pestiziden und anderen Giften in der Umwelt setze den Bienen schwer zu und mache sie anfällig für Schädlinge wie die eingeschleppte Varroa Milbe. Die Verteidigung von bäuerlicher Landwirtschaft, die Rücksicht auf die Natur nimmt und mit dieser arbeite, statt gegen sie, sei somit auch im Interesse der Imker.

Politik in der Kritik

In der folgenden Diskussion wurde angemerkt, dass nicht nur die Erhaltung der Biodiversität sondern deren Ausweitung angestrebt werden müsse, um Boden und Bienen langfristig zu unterstützen. Als ein Beispiel für Anreize aus der Politik mit gegenteiligen Auswirkungen kam die Förderung von Biogasanlagen im bisherigen Umfang zur Sprache. Die landwirtschaftliche Entwicklung mit ewigem Wachsen und immer intensiverer Bewirtschaftung habe überhaupt seit vielen Jahren eine falsche Richtung eingeschlagen und so langfristig nicht möglich. Die Politik auf Landes- und Bundesebene müsse also beharrlich zum Umdenken aufgefordert werden.

Alois Albrecht, AbL-Bayern

Betriebsspiegel:

Milchhof Manke
Milchvieh- Futterbaubetrieb bei
Verden

50 ha Acker
115 ha Grünland
90 Milchkühe + weibliche Nachzucht
20 Hühner und 38 Schweine, viele
Katzen

Es ist eine ganz besondere Art von Menschen. Nicht nur gefühlt werden die Überzeugten immer weniger. Die Rede ist von den Rauchern. Doch der harte Kern lässt sich von Aufdrücken wie: „Rauchen lässt ihre Haut altern“ oder „Raucher sterben früher“ nicht einschüchtern. Man siehe doch nur Helmut Schmidt, das Paradebei-

spiel für einen „alten“ Raucher und seine Haut sieht auch nicht schlechter aus als die von anderen über 90-Jährigen. Auch auf der AbL-Jahrestagung in Altenkirchen gibt es sie noch. Es sind immer die Gleichen, die sich in den Pausen vor der Tür versammeln. Und auch draußen geht es nicht anders zu als in den Workshops oder bei der Mitgliederversammlung. Es wird sich ausgetauscht, diskutiert, gelacht und über Gott und die Welt philosophiert. Ab und zu kommen Nichtraucher vorbei, um frische Luft zu schnappen und nicht selten bleiben diese vom momentanen Thema auf der Treppe gefesselt

und deutlich länger in dem kleinen Kreis als gedacht. So kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Raucherecke ein Ort für Basispolitik ist. Ob Bayer oder Franke, ob Schwarzwald oder Nordsee, in der Raucherecke zählen nur Argumente. Diese werden mit Freude und Elan ausgetauscht und bekräftigt oder entkräftet. Doch es gibt nicht nur Positives zu berichten. Es war am Samstag, als Günther nicht wie gewohnt mit seiner Pfeife vor die Tür kam, sondern sich eine Zigarette aus einer frisch geöffneten Packung zog. Etwas angespannt und mit den Worten: „Ich hab mir seit 25 Jahren keine

Zigaretten gekauft“, zündete er den Stummel an. Wie sich im weiteren Verlauf herausstellte, hatten ein paar Kinder seine Pfeife völlig alleingelassen am Aschenbecher entdeckt. Sie meinten wohl, dass dieser Platz für das geliebte Stück nicht der Richtige sei und suchten einen anderen, passenderen Ort. Als der ungewollte Positionswechsel bemerkt war, wurde umgehend eine Suchaktion gestartet. Diese endete in dem Gebüsch vor dem Seiteneingang, wo die Pfeife in fast tadellosem Zustand gefunden wurde. Günther konnte sich wieder seiner Pfeife hingeben und war merklich zufrieden mit der neuen/alten Situation. Für mich persönlich hatte die Rückkehr der Pfeife auch ein Gutes. So konnte ich Günther die nun überflüssig gewordene Zigarettenschachtel abkaufen. Das passte mir sehr gut, weil meine gerade alle war. Also eine sogenannte win-win-Situation. Doch gerade in diesem Moment, in dem ich diesen Artikel schreibe, kann ich leider nicht rauchen. Mir wurden gestern alle vier Weisheitszähne entfernt. Jetzt darf ich fünf Tage nicht rauchen, obwohl Rauch das einzige wäre, was durch meine geschwellenen Wangen passen würde. Sollte ich das Rauchen nach diesen fünf Tagen tatsächlich ganz aufgeben, was ich nicht glaube, dann werde ich 2013 in Altenkirchen trotzdem der Raucherecke einen Besuch abstatten, um an dieser ganz besonderen Geselligkeit teil zu haben.

Jörn Manke

„Rauchen gefährdet die Gesundheit“

Mit beiden Beinen fest auf dem Erdboden stehen, spüren, wie die Regentropfen im Gesicht tanzen, der Pflanze beim Wachsen zuschauen und sich dabei an die eigene Entwicklung erinnern fühlen: Wer gärt, mit den Zyklen der Natur geht, Anfang und Ende miterlebt, erfährt viel über sich selbst.

Seit ungefähr drei Jahren arbeitet Martin auf unserem landwirtschaftlichen Kleinstbetrieb mit. Im Parka und grüner Arbeitshose steht der 32-jährige auf dem Gartenweg, die Hände schmutzig von der Arbeit, den Kopf gesenkt, seine Wörter wählt er mit Bedacht. Martin leidet seit seiner Jugend an Schizophrenie. Eine Ausbildung war ihm nicht möglich, und dennoch hat er jetzt eine Aufgabe, die ihn erfüllt: Arbeit im Grünen. Holz spalten, Laub rechen und Hecken schneiden. Endlich zählt, was der schlanke, jungenhafte Mann kann. Und nicht, was ihm immer wieder an psychischen Defiziten attestiert wurde. Der Hof gehört zur WAB Kosbach, eine Einrichtung für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im Erlanger Ortsteil Kosbach. Wegen Psychosen, Depressionen, Panik-Attacken oder Wahnvorstellungen etc. sind Menschen bei uns untergebracht, die ehemals meist ein normales Leben als Student, Jurist, Maler, Mediziner oder Altenheimchef geführt haben. Ungefähr 15 Frauen und Männer unserer Einrichtung arbeiten im grünen Bereich. Ein anderer ist Oliver. Während die Meisten weniger gern Unkraut jäten, widmet Oliver sich dieser fast meditativen Tätigkeit ganz gern. Etwas Sinnvolles zu tun, das ist wichtig für ihn. So ist er auch für einen Hühnerstall verantwortlich. Sobald er dort die Tür aufmacht, rennen ihm 15 Hühner



Durch bäuerliche Arbeit gesunden

und ein Hahn freudig hinterher, und Oliver kann sich dann ein Schmunzeln kaum verkneifen.

Dass er mal in der Landwirtschaft tätig sein wird, hätte sich der knapp 50-jährige Mann früher nicht gedacht. Es ist nun mehr als 20 Jahre her, als er während seines Studiums der Betriebswirtschaft die erste Psychose erlebte. Von da an gab es mehrere Krankenhausaufenthalte, das Leben in verschiedenen Wohngemeinschaften und Heimen. Seit sechs Jahren hat er in der WAB Kosbach seinen Platz gefunden und dann die Arbeit draußen an der frischen Luft schätzen gelernt. Oliver braucht noch manchmal intensive Betreuung, besonders, wenn es ihm schlecht geht. Doch die Tiefs bei ihm sind lange nicht mehr so intensiv wie vor der Zeit in der WAB: „Ich spüre meine Krankheit, aber die Krankheitssymptome sind nicht so massiv wie früher.“ Das habe er der bäuerlichen Tätigkeit im Garten

und auf dem Acker zu verdanken. „Mein Leben hat sich verändert. Früher habe ich zehn Minuten gefegt und musste eine Pause machen. Jetzt kann ich zwei Stunden am Stück arbeiten. Mein Durchhaltevermögen und meine Konzentration haben sich verbessert.“ Angst vor Überforderung in der Arbeit hat er nicht: „Ich habe hier immer die Möglichkeit, einen Gang runterzuschalten, wenn ich es brauche.“ Ob der Einzelne nun ein ganzes Feld umgraben kann oder nur eine Schubkarre am Tag schiebt, spielt keine Rolle. „Ums Malochen geht's hier nicht“, betont Agraringenieur Christoph Reichert, unser Leiter des grünen Bereichs bei der WAB Kosbach. Im Mittelpunkt stehe der Mensch, seine Rehabilitation und Integration. Ganz praktisch: Wer mit anderen arbeitet, zum Beispiel mit Jemandem einen Kartoffelsack schleppt, kann wieder in Kontakt mit seiner Umwelt und sich

selbst kommen. Wind und Regen auf der Haut zu spüren, hilft Menschen mit Wahrnehmungsstörungen sich zu fühlen. Und wer sieht, wie die ausgebrachte Saat aufgeht, erntet am Ende neben Früchten auch Selbstbewusstsein. Denn „Arbeit in der Natur sehen wir als möglichen Zugang zur Seele“, wie der Gründer der WAB Kosbach, Leonhard Hirl, es formuliert. Die Arbeit im Garten und in der Landwirtschaft will Oliver auch zukünftig nicht aufgeben: „Es ist sehr abwechslungsreich und ich bin immer an der frischen Luft. Ich bin froh, dass ich nicht im Büro sitzen muss.“

Uwe Muschner

Betriebsspiegel:

5,5 ha mit Getreide und Gemüse
2 Gewächshäuser,
Tiere: 15 Hühner, 3 Laufenten, 5
fränkische Graugänse
5 Bienenstöcke
Vermarktung: Selbstversorgung und
Hofladen



Kurzes am Rande

Pflanzenschutzanwendung unterbewertet

Der französische Agrarminister Stéphane Le Foll hat einen Bericht des französischen Senates zu Pflanzenschutzmitteln vorgestellt. Demnach würden die Gefahren und Risiken unterbewertet. So wäre die Weiterverfolgung der Pflanzenschutzmittel nach ihrer Markteinführung nur unzureichend gewährleistet. Darüber hinaus seien die Schutzmaßnahmen nicht geeignet, um mögliche Gefahren und Risiken vorzubeugen, die aus Präparaten resultieren könnten. Außerdem stellt der Senat in seinem Bericht fest, dass die landwirtschaftlichen und die aktuellen Verkaufspraktiken nicht ausreichend die Anliegen bezüglich der gesundheitlichen Unbedenklichkeit beim Pflanzenschutzmitteleinsatz berücksichtigen. Le Foll erklärte, man wolle hier tätig werden. *pm*

Förderung von Güllelagerkapazitäten

In Schleswig-Holstein wird seit Oktober 2012 im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms AFP die Erweiterung der Lagerkapazitäten von Gülle ab einer Mindestinvestition von 20.000 € mit 8 €/m³ gefördert. Der grüne Landwirtschaftsminister Robert Habeck räumte dafür ein Budget von rund 1,7 Mio. € ein. Da diese Summe bereits jetzt fast ausgeschöpft ist, wird derzeit geprüft, ob sie aufgestockt werden kann. Erklärtes Ziel ist der Schutz von Gewässern sowie eine bessere Nährstoffausnutzung durch Frühjahrsausbringung. Viele Landwirte haben nach Angaben des Ministeriums versäumt, ihre Güllelagerung entsprechend der Gesetzeslage rechtzeitig auszubauen. Gefördert werden nun alle Betriebe, die ihre Lagerkapazitäten über das gesetzlich vorgeschriebene Maß von 6 Monaten hinaus erhöhen. Außerdem müssen sie sich verpflichten, eine erweiterte Sperrfrist beginnend am 15. September einzuhalten. Fraglich ist allerdings, wie diese einseitig auf Gülle und somit entsprechende Tierhaltungssysteme ausgerichtete Förderung mit einer grünen Agrarpolitik zu vereinbaren ist, die sich doch ansonsten die Unterstützung von Haltungsformen auf Stroh- und Mistbasis auf die Fahnen schreibt. *cw*

2. Körnerleguminosentag

Auf Einladung der Landwirtschaftskammer und dem AbL NRW Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ kamen im November über 120 „Leguminosen-Interessierte“ ins Landwirtschaftszentrum Haus Düsse. Unter dem Motto „Anbau und Perspektiven für die Zukunft“ fand dort der 2. Körnerleguminosentag statt. Die Themen reichten von pflanzenbaulichen Strategien, über ökonomische Betrachtungen von Leguminosenfruchtfolgen bis hin zur BMELV-Eiweisspflanzenstrategie. Praktiker stellten ihre Sichtweise zum Anbau von Ackerbohne und Soja dar. Die Tagung hat einmal mehr gezeigt, dass die Leguminosen auf großes Interesse stoßen. Sicherlich sind noch viele Bereiche zu bearbeiten wie Züchtung, pflanzenbauliche Fragestellungen und Veränderung politischer Rahmenbedingung, aber Leguminosen können unter bestimmten Parametern auch heute schon ökonomisch mithalten. Das BMELV will Modellregionen und Demonstrationsnetzwerke einrichten.

Die Tagungsbeiträge sind nachzulesen auf der Projekthomepage www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de *cd*

Wo ist die Grenze?

Der Skandal um todkranke Biohennen stellt Strukturen in Frage

Ich habe ihn noch genau vor Augen. Den Besitzer der vielen Bio-Hühner, über 200.000 Legehennen. Ein wenig Stolz, sehr selbstsicher, Erfolg gewöhnt, führte er durch seine Hühnerställe und demonstrierte uns: Bio geht auch in groß. Mit einem Eimer Getreidekörner lockte er die Hühner im Auslauf und berichtete über seine Anstrengungen, die Haltung zu verbessern, Heu zu füttern, eine trockene Einstreu zu gewährleisten. Die Hühner um uns herum sahen gut aus. Nur wenige Wochen ist das her.

Tote Hennen

Die Bilder im Fernsehen waren fürchterlich. Leidende Hühner, fast ohne Federn, mit Entzündungen und Eiterbeulen. Und immer wieder tote Hühner am Boden zwischen den gerade noch lebenden Biohühnern. Biohühner von genau jenem Unternehmer, der mich wenige Wochen zuvor durch einen seiner Ställe führte. Zu einer Zeit, zu der seine jetzt im Fernsehen gezeigten Tiere schon krank waren, demonstriert er: Wir haben hier alles im Griff. Wusste er von den Missständen?

Huhns, denn es ist sein Managementsystem und Unternehmenskonzept.

Keine absolute Sicherheit

„Jeder Betrieb wird einmal im Jahr kontrolliert, bestimmte Geflügelbetriebe bis zu viermal pro Jahr. Selbst diese Kontrollen liefert keine endgültige 100-prozentige Sicherheit.“ Sicher stimmt, was Felix Löwenstein, der Vorsitzende des Bundesverbands ökologische Lebensmittelwirtschaft in einem offenen Brief zu den Herausforderungen und Problemen im Ökolandbau schreibt. 100-prozentige Sicherheit gibt es nicht. Die Frage nach der Störanfälligkeit von Systemen wird damit aber nicht beantwortet. Was wenn das Unternehmenskonstrukt so unübersichtlich wird, dass der Hauptverantwortliche trotz guter Absichten keinen Überblick mehr hat? Was wenn aufgrund von festgesetzten Produktionsmengen, Franchiseverträgen und engen Gewinnmargen die Tiere zum Produktionsmittel verkommen? Wenn die Unübersichtlichkeit des Systems bewusst genutzt würde, um zu betrügen?



Hat er uns, inklusive den Vertretern des Naturland-Verbands, einfach angelogen? Hat darauf spekuliert, dass die Hennen noch ihr letztes Ei rauspressen, bevor sie zur Schlachtung gehen, und keiner es merkt? Hat er die Tierqualen bewusst in Kauf genommen, um das letzte bisschen Rentabilität aus dem Stall zu kitzeln? Er wäre ein hohes Risiko eingegangen. Für ein wenig mehr Rendite den eigenen Ruf zu riskieren. Sich trotz vieler kritischer Beobachter bewusst solch ein Fehlverhalten zuzugestehen scheint abwegig. Auszuschließen ist es dennoch nicht.

Aber auch wenn der Eierbaron aufgrund der schieren Größe seines Unternehmens mit über 20 Ställen mit jeweils bis zu 30.000 Hennen einfach nichts von dem eklatanten Missmanagement der vor Ort Verantwortlichen wusste, trägt er Mitverantwortung. Verantwortung für das Leid jedes einzelnen

Bio für alle

In seinem Brief schreibt Löwenstein: „Es ist nicht unsere Aufgabe, in einer kleinen Nische zu bleiben, in der es leicht ist, alles richtig zu machen. Mein persönliches Engagement als Landwirt und Vertreter der Bio-Branche gilt einem Ökolandbau, der eine gangbare Alternative für die gesamte Landwirtschaft darstellt.“ Das dürfte das Credo vieler überzeugter Biobäuerinnen und -bauern treffen. Wie die Strukturen aussehen sollten, in denen auch im Interesse der Verbraucher produziert wird, beschreibt der Bundesverband Naturkost und Naturwaren: Denn die bevorzugten Eierlieferanten sind selbstständige bäuerliche Betriebe in der Region, bei denen eine überschaubare und begrenzte Herdengröße eine gute Betreuung der Tiere ermöglicht. *mn*



Good Food – Good Farming!

Mut zur Sache - durch den Magen zu den Herzen

Europa steht an einem Abgrund. Das Spüren in diesen Tagen viele und starren dabei wie Kaninchen auf die Euro-Schlange und deren BeschwörerInnen. Mit flauem Gefühl im Bauch hoffen wir auf irgendein gutes Ende, einen Trick vielleicht, der dem Spuk ein Ende macht.

Sollten wir uns nicht noch viel mehr Sorgen machen um den Bestand der Bienen und die Erosion des Bodens, der uns ernährt, um das Bauernsterben und den Untergang unserer Kulturlandschaften? Sollten wir den mörderischen Leichtsin, Nutztieren doppelt so viel Antibiotika zu füttern, wie die Humanmedizin braucht, nicht als fatales Menetekel unseres Gesundheitssystems verstehen; auch die Explosion von Allergien und Verfettung unserer Kinder? Wie wird die Europäische Union den Raubbau, die Naturzerstörung, die verpassten Klima-Chancen je wieder ausgleichen, die sie sich anschickt, mit der Agrarpolitik der nächsten sieben Jahre anzurichten? 2013 kommt es zum Schwur. Die Agrarreform geht in die Zielgerade.

Die Agrarminister pflügen sich Stück für Stück durch die Vorschläge der EU-Kommission, die ja bekanntlich schwach genug waren. Noch behält jede/r sein Pokerface. So sind sie es gewohnt: Es geht in erster Linie darum, wie viele Subventionsmilliarden sie „nach Hause“ bringen. Nur ja nicht mehr abgeben als nötig und auf keinen Fall ein Zugeständnis ohne Gegenleistung machen – schon gar nicht an die Umwelt!

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes hatte seine Stellungnahme monatelang verschleppt. Erst wollte man wissen wie viel Geld es überhaupt gibt, meinten die dort versammelten Agrarier aller Länder und Fraktionen. Sie setzten bewusst auf maximalen Zeitdruck am Ende, um damit zu begründen, weshalb sie sich zuerst mit den Agrarministern einigen und erst danach den fertigen Kuhhandel dem Plenum des Parlamentes zur Abstim-

mung vorlegen. Der Trick ging zwar nach heftigen Protesten daneben. Doch die „Kompromissvorschläge“ des Ausschusses, die jetzt durchgesickert sind und im Januar abgestimmt werden sollen, schreien nach einem Aufstand aller Gutwilligen. Seit wann ist es die Rolle des Europäischen Parlamentes, den Reformwillen der EU Kommission noch weiter zu bremsen, zu verwässern und zu verhindern?

Als im November erste Sparvorschläge für den EU-Haushalt einschließlich der Landwirtschaft bekannt wurden, ließ man in Brüssel und Berlin schon mal die Katze aus dem Sack: „No money – no Greening“ lautete prompt die Parole des Bauernverbandes und seiner Abgeordneten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: „No Greening – no money!“ Zusätzliche ökologische Leistungen muss die Gesellschaft finanzieren. Das „Modell Ruckwied“ kann sie getrost sich selbst überlassen. Die alte „wache oder weiche“ Rationalisierung der Landwirtschaft, Monokulturen, Tierfabriken, die Verbiogasung der Landschaft muß der Markt schon allein umsetzen, falls sich dafür tatsächlich politische Mehrheiten finden sollten.

Damit das nicht geschieht, müssen wir jetzt gemeinsam auf die Strasse gehen und zeigen, dass die Mehrheit kein „Weiter wie bisher“ in der Landwirtschaft mehr akzeptiert. Niemand will mehr die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, ausser ein paar Unternehmen und Funktionären. Doch wer gebietet ihr Einhalt? Wer macht die Alternativen so attraktiv, dass Steuerzahlerinnen und Verbraucher sich dafür einsetzen? Das ist leider nötig. Gegen die hohen Kosten der Zerstörung können wir uns, ist sie erst einmal angerichtet, nicht wehren. Die deutlich niedrigeren Vorsorgekosten ihrer Vermeidung dagegen lassen sich noch etwas hinausschieben, bis es zu spät ist. Das macht den Raubbau immer wieder zum Gewinner auf einem wirtschaftlichen und politischen Markt, der kurzfristige Gewinne statt nachhaltiger Entwicklung begünstigt.

Unsere Chancen standen selten besser als heute. Unter dem Motto „Good Food Good Farming“ formiert sich derzeit in ganz Europa eine junge Bewegung in Stadt und Land, die mit frischem Mut zur Sache geht und dabei durch den Magen und auch zu Herzen.

Einige ihrer Gesichter und Forderungen aus allen Regionen, Schichten und Generationen Europas sehen Sie in dieser Ausgabe. Zehntausende treffen Sie am 19. Januar in Berlin bei der großen Demonstration „Wir haben es satt!“.

Das ist erst der Anfang. Wir wollen mit allen EU-Abgeordneten sprechen und sie besuchen bis März 2013, wenn das Plenum des EU-Parlamentes letztmals die Chance hat, Fruchtfolge und ökologische Vorrangflächen, den Erhalt von Grünland und eine gerechtere Verteilung der Mittel zwischen grossen und kleinen Landwirten durchzusetzen. Eine Antwort akzeptieren wir dabei nicht: „Da fragen Sie bitte unseren Agrarexperten“. Dafür wie sich unser Essen auf die Natur auswirkt, wohin vierzig Prozent des EU-Haushaltes fließen, ob unsere Agrarpolitik Hunger und Elend auf der Welt befördert oder bekämpft, sind wir bitteschön alle zusammen verantwortlich! Die Agrarpolitiker allein können es nicht. Das haben sie bewiesen. Good Food – Good Farming können wir nur gemeinsam. Schmeckt gut übrigens.

Benny Haerlin,

Zukunftsstiftung Landwirtschaft



Bauernhöfe statt Agrarfabriken

200 Initiativen für eine artgerechte und bäuerliche Tierhaltung

Seit drei Jahren gibt es das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. 200 Bürgerinitiativen, Bauern-, Umwelt-, Tierschutz- und Eine-Welt-Verbände kämpfen gemeinsam gegen agrarindustrielle Tierhaltungsanlagen und setzen sich für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen ein. Hunderte geplanter Agrarfabriken konnten schon im Vorfeld verhindert werden, weil den potenziellen Investoren deutlich signalisiert wurde, dass ihre Anlagen keine Akzeptanz in den Dörfern finden und auf massiven Widerstand stoßen würden. Allein in den letzten Wochen wurden Masthühnerfabriken im niedersächsischen Dielmissen und im hessischen Bellnhausen durch den Nachweis von Umweltgefährdungen verhindert – eine bereits in Betrieb genommene Masthühneranlage für 130.000 Tiere im mecklenburgischen Kuppentin musste stillgelegt werden. Inzwischen haben sich auch viele Kreise und Gemeinden deutlich gegen Agrarfabriken positioniert. Diese neue starke gesellschaftliche Bewe-

gung repräsentiert die Mehrheit der Gesellschaft. Die Politik muss reagieren: Die anstehende Novelle zum Bundesbaugesetzbuch wird den Gemeinden das Recht geben, zumindest gewerbliche Agrarfabriken oberhalb bestimmter Tiergrenzen nicht mehr zu genehmigen. Die wachsende Bewegung und ihre ersten Erfolge machen Mut, das Ziel einer artgerechten Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen mit eigener Futtergrundlage bald durchzusetzen. Ställe mit genügend Platz, Stroh, Auslauf und Weidegang bzw. ein Rückbau auf artgerechte Haltung, die ohne das Kupieren von Schnäbeln oder der Ringelschwänze auskommt und keines systematischen Einsatzes von Antibiotika bedürfen, liegt auch im Interesse der Bäuerinnen und Bauern: Das Verbot von Agrarfabriken und das Ende der darin erzeugten ruinösen Überschüsse, die derzeit zu Dumpingpreisen zu Lasten der Bauern in den Ländern des Südens entsorgt werden, sind eine Chance für faire Erzeugerpreise hier und dort. *en*

Regionale Produkte

Chance für den ländlichen Raum

Das Wirtschaftsgeschehen auf dem Planeten ist ungleich verteilt. Es gibt starke Regionen, schwache Regionen, Boomregionen, Verliererregionen, ausblutende Regionen, ländliche Regionen, Industrieabbauregionen, Urlaubsregionen, Dürreregionen, Hochwasserregionen.

Kein Land ist in allen seinen Regionen wirtschaftlich gleich gewichtet. In vielen Ländern verlassen die Menschen die ländlichen Regionen und finden in den Städten weder Arbeit noch Lebensqualität. Das führt zu sozialen Verwerfungen, ökologischer Belastung und engt den Gestaltungsspielraum der Politik ein. Globale Strategien großer Einkaufsmächte, luxurierende Heuschrecken, Weltmarktführer und planwirtschaftliche Konzernstrategien prägen diese Entwicklung. Wenn Dörfer leer werden, Innenstädte veröden, Landverbrauch das Klima belastet und Nahrungsmittelversorgung mit Energiegewinnung in Quadratmeterfeldereinheiten konkurriert, die grüne Gentechnik den letzten freien Bauern in die Sklaverei der Genkonzerne treibt, verliert das Land seine Seele und unabhängige Kraft.

Eine lebendige Gesellschaft ist geprägt von der Vielfalt, der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen und

Unternehmen. Die regionale Gewichtung bürgerschaftlichen Engagements, die unternehmerische Leistung für die Selbstständigkeit der Regionen und das weltweite Zusammenspiel starker Regionen auf globalen Märkten kann sehr wohl durch ideelle gesellschaftliche Gruppen zu krisenfesten Strukturen führen.

Im Spannungsfeld der Globalisierung gewinnt Regionalität permanent an Bedeutung. Die Chancen zur Entwicklung des ländlichen Raumes durch Wertschöpfung in der Landwirtschaft und im Handwerk gilt es zu nutzen, um kleinen und mittelständischen Unternehmen als Stabilitätsfaktoren unserer Gesellschaft mehr Gewicht zu geben. In Deutschland gibt es ca. 400 Regionalvermarktungsinitiativen, die für glaubwürdige regionale Produkte stehen. Alle motiviert von dem Ziel, regionale Vermarktungsstrukturen zu erhalten und wiederzubeleben, die heimischen Erzeuger und Verarbeiter zu stärken und dem wachsenden Bedürfnis der Verbraucher nach qualitativ hochwertigen, regionalen Produkten zu entsprechen. Diese gilt es zu unterstützen und zu fördern, um langfristig Kultur- und Lebensräume im Ländlichen Raum lebenswert zu erhalten.

Heimer Sindel,

1. Vorsitzender Bundesverband der Regionalbewegung



Über 1300 Menschen aus allen Ländern der EU haben sich an der Aktion „Good Food – Good Farming“ beteiligt und ein Foto von sich selbst und ihrer Forderung an die EU-Agrarpolitik beigetragen. All die herzerfrischenden Gesichter und Botschaften sind jetzt in einer Riesenzeitung versammelt, die gleichzeitig eine Sammlung von 10 A1-Plakaten ist, die in keiner Stube, in keinem Büro und an keinem Scheunentor fehlen sollte. Und natürlich sollten auch Sie nicht fehlen im Kreise der Europäerinnen und Europäer, die sich so zur EU-Agrarpolitik zu Wort melden und dabei ihre ganz persönliche Forderung präsentieren. Die Aktion geht weiter. Schicken Sie Ihr Bild und ihre Bestellungen an „Meine Landwirtschaft“, Marienstr.19-20, 10117 Berlin (Telefon 030 2848 23 24) oder order@gfgf.eu Mehr Infos finden Sie unter goodfoodgoodfarming.eu (kurz gfgf.eu)

Agrarpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Warum braucht die bäuerliche Landwirtschaft die Unterstützung durch die Bewegung?

Die Wertschöpfung der bäuerlichen Landwirtschaft ist unumstritten: „beginnt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf der Abl-Mitgliederversammlung im Westerwald die Abenddiskussion. Derzeit, so der scheidende Bundesvorsitzende, ernähren sich zwei Drittel der Menschheit auf der Grundlage von Subsistenzwirtschaft. „Die ehemals berufsständische Vertretung, der Deutsche Bauernverband (DBV), hat sich zu einem Vertreter der Banken, der Industrie und Gentechnikkonzerne entwickelt.“ stellt Graefe zu Baringdorf fest und erkennt auch beim Bundesverband deutscher Milchviehhalter immer stärker werdende Kräfte, die insbesondere gegen eine Staffelung und ein Greening eintreten. „Bei den Verbrauchern ist der Tierschutz ein wichtiges Einkaufskriterium geworden.“ „Man kann aber 40.000er Hähnchenställe nicht artgerecht führen.“ ist sich Graefe zu Baringdorf sicher.

Europäische Solidarität

„Wir bleiben uns treu indem wir uns verändern.“ beschreibt Benny Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft seine Maxime. Er stellt fest, dass Werte, auch die einer bäuerlichen Landwirtschaft, in der heutigen Gesellschaft zunehmend gefragt sind. Mit Blick auf die anstehende GAP sei dieses Bewusstsein jedoch noch unterentwickelt. „Noch kann der DBV mit seinem „Weiter wie bisher“ durchkommen. Dass ist viel mehr als wir vor zwei Jahren dachten.“ stellt Haerlin selbstkritisch fest. Aber die Initiativen sind vielfältig. Bauer hält Hof war eine Form, mit der bei über 80 Veranstaltungen auf den Höfen diskutiert und nachgedacht wurde. Diesen Sommer gab es den Good Food March. Die europaweite Sammlung von Stimmen zu Good Food – Good Farming sei beeindruckend. Aber sie zeige auch wie weit man in Deutschland von „Unsere Landwirtschaft“ im europäischen Kontext entfernt ist. Niemand könne sich vorstellen bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zu verteidigen, indem man für den Erhalt bäuerlicher Existenzen in Rumänien eintritt. „Dass werden wir erst tun, wenn wir direkt erfahren, dass man Euros nicht essen kann und wir feststellen, dass Selbstversorgung und Ernährungssicherung eine ganz neue Bedeutung bekommen.“ folgert Haerlin „Was wir brauchen ist eine neue bäuerliche Solidarität.“

Ländlicher Raum

„Ich hatte ein Gespräch in dem mir gesagt wurde man könne ohne weiteres 10.000er Milchviehbetriebe in Rheinland Pfalz betreiben.“ erzählt Thomas

Griese, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz. „Wir haben in Rheinland-Pfalz derzeit ca. 120.000 Kühe. Wir bräuchten im ganzen Land also nur noch 12 Milchviehbetriebe. Bei 24 Landkreisen wäre nur in jedem zweiten noch ein Betrieb. Auch wenn dies technisch möglich ist: Was passiert mit dem ländlichen Raum?“ fragt Griese und stellt klar „Wir wollen der Zentralisierung entgegenreten. Wollen wieder Kühe auf der Weide.“ Dies allerdings sei ohne eine funktionierende Bewegung und gesellschaftlichen Rückhalt nicht möglich. „Eine starke Bewegung für eine bäuerliche Landwirtschaft wird es nur geben, wenn es gelingt, die Menschen außerhalb der Landwirtschaft zu integrieren indem man ihnen verdeutlicht, dass auch sie von einem anhaltenden Strukturwandel betroffen sind.“ schließt Griese

Wie integriert man?

„Es ist immer die Suche nach Gemeinsamkeiten.“ stellt die Abl-Bundesvorsitzende Maria Heubuch fest. „Man muss vor allem reden, reden, reden. Nur so kann es zu Bewegung kommen.“ Dies gelte auch für die Bewegung in einem selbst. „Wenn ich mich nicht bewegt hätte, wo wäre ich? Unser Hof war immer wieder unter Druck. Die Arbeit in der Bewegung hat mir Kraft gegeben. Zwar verbessert sich dadurch nicht die ökonomische Situation, aber ich steigere mein Durchhaltevermögen. Der Austausch mit anderen trägt durch schlechte Zeiten.“ erzählt Heubuch und schließt mit der Feststellung. „In der Bewegung erfahre ich Wertschätzung.“

Die Walachei liegt brach

„Für mich“, sagt der aus Westfalen stammende Bauer Friedrich Ostendorff, „war die Frage, gehe ich mit geradem Rücken in den Bundestag oder gebückt in den DBV.“ Der Bundestagsabgeordnete beschreibt die Erfolge der Bewegung. „Ohne sie fänden Anhörungen im Agrarausschuss mit dem DBV und Herrn Isermeyer allein statt.“ fasst er zusammen. Auch in Brüssel wird aufgrund der Bewegung über Greening in der GAP diskutiert. „Wir haben viele Verbündete gefunden.“ stellt Ostendorff fest und berichtet von Erlebnissen in Rumänien, wo sich ihm die Bedeutung bäuerlicher Strukturen erneut erschlossen habe. „Im Gebiet der Walachei, das von sehr fruchtbaren Böden geprägt ist, liegen heute 1,5 Mio ha Land brach weil zu Zeiten des Sozialismus jegliche bäuerliche Struktur in der Region nachhaltig zerstört wurde. In den das Gebiet umgebenden Bergregionen, die eine

industrialisierte Landwirtschaft nicht zuließen, leben die Menschen dagegen in bäuerlichen Strukturen und können sich selbst versorgen.“

Nicht aufs Gymnasium

Wer sichert die bäuerliche Landwirtschaft? Für Abl-Bäuerin Gertraud Gafus gibt es da nur eine Antwort: „Wir Bauern, auch wenn die tägliche Arbeit oft nicht einfach ist.“ Sehr positiv beurteilt Gafus das gewachsene Ansehen der Bauern in der Gesellschaft. Früher sei sie von ihrem Deutschlehrer gefragt worden: „Was sollen Bauernkinder auf dem Gymnasium?“ Inzwischen hat sich das Image deutlich verändert, berichtet die 35-Jährige. „Wir alle wissen wie wichtig unsere Betriebe sind. Welche Auswirkung ihre Existenz auf alle angrenzenden Bereiche

für den ländlichen Raum hat.

Die junge Abl ist im vergangenen Jahr nicht nur gewachsen, sondern auch immer in Bewegung geblieben. Stellt Henrik Maaß fest, der selbst vom Hof kommt. „Was uns verbindet, sind die Werte der bäuerlichen Landwirtschaft, ist der respektvolle Umgang mit Tieren und Boden, aber auch mit den Menschen in den Netzwerken. Aus meiner Sicht ist die größte Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft der anhaltende Wachstumszwang. Die Maxime unserer Zeit ist: Nur wenn Gesellschaft wächst geht es ihr gut. Bei begrenzter Umwelt und Ressourcen ist diese Ideologie zum Scheitern verurteilt. Wir wollen Nachwachsen statt weichen. Wir müssen bestehende bäuerlichen Betriebe erhalten und neue gründen. *mm*



Diskriminierung Macht Hunger

Mehr Rechte für KleinbäuerInnen

Die Hunderden leben zu 80 Prozent auf dem Land. 70 Prozent von ihnen sind Frauen und Mädchen. Trotz des Diskriminierungsverbots in den bestehenden Menschenrechtsverträgen sind KleinbäuerInnen besonders häufig betroffen. Diskriminierung drängt Menschen in die Armut und verursacht Hunger. Neben der Landenteignung und Vertreibungen kommen oft geschlechtsspezifische Diskriminierungen vor. Fehlende Mindestlöhne und die soziale Absicherung sind häufige Probleme. Auch die Kriminalisierung sozialer Bewegungen, die sich für die Rechte der ländlichen Bevölkerung einsetzen, wird bewusst initiiert, um von den Missständen abzulenken. Um der allgegenwärtigen Diskriminierung zu begegnen, regte La Via Campesina im Jahr 2000 eine internationale Konvention für die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern an. Am 24.

September 2012 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung einer Erklärung für die „Rechte von KleinbäuerInnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ beauftragt. Zuvor hatten die KleinbäuerInnen gemeinsam mit Via Campesina und FIAN bei den Vereinten Nationen Studien vorgelegt, die die Notwendigkeit einer Konvention für Kleinbäuerinnen verdeutlichen. Die Kampagne www.kleinbauernrechte-jetzt.de ist sowohl Ausdruck eines erweiterten Menschenrechtsverständnisses als auch eines demokratischen Ansatzes der Verfassung von Rechten. Sie setzen dem globalen Wettbewerb und dem zunehmenden Einfluss multinationaler Konzerne lokale Selbstbestimmung entgegen.

Gertrud Falk,
FIAN Deutschland

Für eine neue Agrarpolitik

Unsere gemeinsamen Forderungen sind nicht neu, trotzdem ist es keine Selbstverständlichkeit, dass sie sich in unsere Richtung verändern. Wir freuen uns in Niedersachsen über einen Tierschutzplan, müssen aber feststellen, dass dieses Thema im Bundesrat erneut auf die lange



Bank geschoben wurde. Das Neulandprogramm zeigt seit über 20 Jahren, dass Tierschutz in landwirtschaftlichen Tierhaltungen praktikabel ist. Die EU-Agrarreform hat ebenfalls viele unserer Forderungen aufgenommen. Einzelne Politiker haben scheinbar, als sie das Greening vorgeschlagen haben, erkannt, dass der enorme Artenschwund gestoppt werden muss. Ganz im Gegensatz zu den Vertretern des Bauernverband und der Agrarlobby. Weitere Themen sind Gentechnik, ein fairer Milchpreis und die Verschwendung von Lebensmitteln, die von uns auf die politische Tagesordnung gesetzt werden müssen. Auch deshalb fahre ich mit dem Schlepper nach Berlin.

Martin Schulz,
Neuland- und Biogas-Bauer aus dem
Wendland und im AbL-Bundesvorstand

Hoffnungsbogen

Zukunft für Europas ländlichen Raum

ARC steht für Agricultural and Rural Convention, auf französisch für „Bogen“, einen Bogen spannen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Oder „arc en ciel“, der Regenbogen, als Symbol für die Hoffnung am Horizont. Gegründet wurde ARC2020 vor fast drei Jahren. ARC fordert einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen und fairen Agrarpolitik. Sie wird von zahlreichen Verbänden in und aus-

serhalb der EU unterstützt, vor allem aus den Bereichen bäuerliche und biologische Landwirtschaft, Umwelt, Entwicklung, Tierschutz und ländliche Entwicklung. Mittlerweile gab es ARC-Konferenzen, Diskussionen mit dem Agrarkommissar Dacian Ciolos, und natürlich den GoodFoodMarch nach Brüssel. Auch wenn Landwirtschaft lokal stattfindet - geht Agrarpolitik über Grenzen hinweg. Deshalb ist es wichtig, sich international zu vernetzen, und den LandwirtschaftsministerInnen aller Länder zu zeigen: Wir sind viele, aus vielen Regionen der EU und anderswo, wir wollen eine Agrarpolitik die international Verantwortung übernimmt und lokal unsere Ressourcen schon. Dafür und um Freunde aus ganz Europa zu treffen lohnt es sich, am 19. Januar nach Berlin zu fahren. www.arc2020.eu

Antje Kölling, AbLerin in Brüssel



Für mehr Tierwohl

Es wird gefordert, Ferkel nur noch unter Betäubung zu kastrieren. Daran ist nichts auszusetzen. Für die Erzeuger stellen solche Veränderungen in der

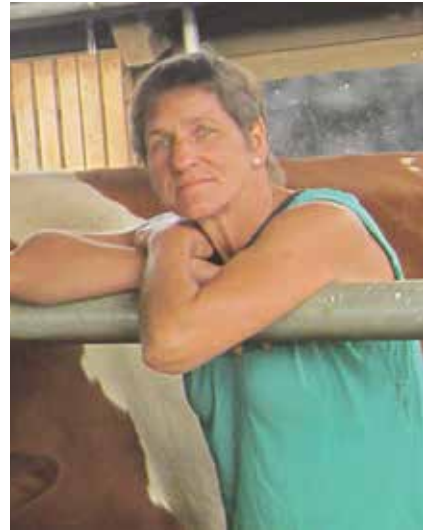


Praxis aber Herausforderungen und Mehrarbeit dar, die mit einem erhöhten Erzeugerpreis einhergehen müssen. Dies verständlich zu machen bedarf einer guten Kommunikation, um zu erreichen, dass die Bereitschaft für mehr Tierwohl mehr zu zahlen, wirklich steigt. Ehrliche Produkte brauchen auch ehrliche Preise! Ich gehe auf die Straße, freue mich auf Landwirte und Verbraucher, die den Austausch suchen und fordere: Politiker seid ehrlich, hört zu, schaut euch das ganze System an und ändert es nach unseren Vorstellungen. Kathrin Lindner,
Bäuerin in der jungen AbL

Für bäuerliche Betriebe

Wenn ich es als Bäuerin und Verbraucherin nicht einfach hinnehmen will, dass politisch forciert, Milch und Fleisch zur Ramschware gemacht und damit unsere Tiere nur noch als Ware betrachtet werden, uns Bäuerinnen und Bauern die grüne Gentechnik regelrecht übergestülpt wird sowie der überschaubare bäuerliche Familienbetrieb ein Stück Geschichte zu werden droht - hier und überall -, nützt es nix! Ich mache mich auf, denn im Sinne von Stéphan Hessel sollten wir es in unserer bequemen Welt nicht verlernen uns zu empören und zu engagieren! Also, bis bald in Berlin!

Anneli Webling,
Milchbäuerin und BDM-Aktivistin



Für Solidarität

Ich fahre zur Demo in Berlin, weil wir Luns das Leben wieder etwas kosten lassen wollen, die Nahrung, die Kleidung, die Unterhaltung und all die kleinen oder großen Dinge, eben das Leben. Armut kostet Jugend, Bildung, Würde, Teilhabe, gesellschaftliches Mitentscheiden, Land, Existenz oder gleich das Leben - wie zuletzt die TextilarbeiterInnen in Bangladesh, wie schon lange die BäuerInnen und alle anderen, die weltweit vertrieben werden, auf dass andere dort ihren Reichtum

vermehrten lassen und sich die Vertriebenen im Reservoir der BilligarbeiterInnen in den Megacities wieder finden. Ist es nicht verrückt, dass Bauern im reichen Mitteleuropa Existenzängste bekommen angesichts von Milchpreisen, die die Erzeugungskosten nicht decken, oder angesichts berechtigter Tierschutzforderungen, deren Mehraufwand gegenüber der derzeitigen industriellen Entwicklung jedoch nicht ausreichend entlohnt wird? Ist es denn zu glauben, dass sie sich nachhaltiges Wirtschaften nicht leisten können, dass sich hier Millionen Menschen, wie wir Erwerbslose und viele andere Einkommensarme hochwertige und deshalb höherpreisige Lebensmittel, die gegen die Kommandos von Agrarindustrie und Lebensmittelgroßhandel erzeugt wurden, auf Dauer nicht leisten können?

Ich komme zur Demo, da ein gutes, soziales, naturschonendes und solidarisches Leben für alle weltweit nicht von allein kommen wird - und auch ich komme nicht allein.

Guido Grüner
Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg



Für Gutes Essen

In immer mehr Tierfabriken wird der Tierschutz verletzt und gefährliche Antibiotikaresistenzen entstehen. Bauernhöfe sterben und Landschaften „vermaisen“. Mehr Pestizide lassen weltweit die Bienen sterben und die Artenvielfalt nimmt rapide ab. Die Spekulation mit Lebensmitteln und Land verschärft den Hunger in der Welt. Dafür landet immer mehr Getreide im Tank statt auf dem Teller. Das haben wir satt!

Seien Sie dabei! Kommen Sie als VerbraucherInnen, Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen und GärtnerInnen zur Demo nach Berlin! Jochen Fritz,
Kampagne „Meine Landwirtschaft“



Staat als Dienstleister der Privatwirtschaft

G8-Initiative „New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa“

Im Mai 2012 stellte US-Präsident Barack Obama im Vorfeld des G8-Gipfels die „Neue Allianz für Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung“ vor. Inzwischen haben angeblich 60 Konzerne aus dem Agrar- und Ernährungsbereich vier Milliarden US-Dollar zugesagt, um die Agrarproduktion in Afrika anzukurbeln und „in den nächsten zehn Jahren 50 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien“. Obwohl es sich offiziell um eine Initiative der G8-Regierungen und damit auch Deutschlands handelt, wird sie stark von US-amerikanischen Konzernen dominiert wie Monsanto, dem Weltmarktführer für gentechnisch verändertes Saatgut, und dem Handelskonzern Cargill. Aber auch europäische Konzerne wie der größte Düngemittelhersteller Yara, der allein zwei Milliarden Dollar für eine Düngerfabrik investieren will, und Syngenta, das eine Milliarde in die Ausweitung seiner Geschäfte in Afrika stecken will, sind beteiligt.

Verlagerung

Diese neue Allianz ist ein Zeichen für die weitere Verlagerung der Agrar- und Ernährungssicherungspolitik auf die Privatwirtschaft. Eine ähnliche Schwerpunktverschiebung zeigt sich auch in der deutschen Entwicklungspolitik mit der „Deutschen

Initiative Agrarwirtschaft und Ernährung“, die BMZ-Minister Dirk Niebel im Sommer vorstellte: 35 Unternehmen aus dem Agrar- und Ernährungsbereich, darunter Bayer CropScience, BASF und die Verpackungsindustrie, sollen dazu beitragen, die ländliche Entwicklung zu fördern. Die Aufgabe der G8-Regierungen in dieser „Partnerschaft“ ist es, die Regierungen in Afrika darauf festzulegen, die Investitionsbedingungen für die Konzerne zu verbessern. Einen Vorgeschmack darauf, wie das aussehen soll, geben die sechs Länderpapiere für Ghana, Mosambik, Äthiopien, Burkina Faso, Elfenbeinküste und Tansania, die die Rahmenbedingungen für die nationale Agrarpolitik vorgeben. Darin verpflichtet sich beispielsweise die Regierung von Mosambik, die Handelspolitik und die Investitionsbedingungen, besonders im Saatgutbereich, zu ändern, das System der Landnutzungsrechte, das bislang Schutz gegen Enteignungen bietet, so zu „reformieren“, dass Agrarinvestitionen gefördert werden, und den Zugang zu Kredit zu verbessern, damit die Bauern auch die Produkte der Agrarkonzerne kaufen können.

Bei den angekündigten Investitionen geht es allerdings kaum um Ernährungssicherheit, sondern um Cash Crops wie Baumwolle und Blumen. Der Getränkekonzern

SABMiller will den Absatz seines Cassava-Biers ausweiten, Vodafone Mobiltelefone verkaufen. Zudem stellt die Menschenrechtsorganisation FIAN fest, dass Grundprinzipien wie die Beteiligung der Betroffenen, die das Recht auf Nahrung sichern sollen, ignoriert werden. Marginalisierte Gruppen stünden nicht im Zentrum, Menschenrechtsverpflichtungen blieben vage und der Staat wird einzig als Dienstleister der Privatwirtschaft verstanden.

Uwe Hoering, freiberuflicher Journalist betreibt die Website Globe-spotting.de



Zukunft ist bioLOGISCH!

Nürnberg, Germany
13. – 16.2.2013



BioFach 2013

Weltleitmesse für Bio-Produkte

Hier trifft sich die Bio-Welt

Der (bio)logische Weg in die Zukunft. Regionale Produkte. Schonende Produktion. Konsequente Bio-Zertifizierung. Erleben Sie bei uns die Vielfalt der Regionen. Weltweit. Über 2.400 Aussteller*. Fachbesucher aus 130 Ländern*. Willkommen auf der BioFach.

biofach.de

* BioFach/Vivaness 2012



Veranstalter
NürnbergMesse
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 09
Fax +49 (0) 9 11.86 06-49 08
besucherservice@nuernbergmesse.de
Zutritt nur für Fachbesucher

Schirmherr der BioFach
IFOAM
International Federation of
Organic Agriculture Movements

Nationaler Ideeller Träger
BÖLW
Bund Ökologische
Lebensmittelwirtschaft

NÜRNBERG MESSE

Bäuerliche Bewegungsspitze

Zu den Wurzeln der neuen AbL-Vorsitzenden

Sie sind eher „gute gebrauchte“ der AbL und stehen dennoch als das neue Führungduo dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vor. Die Bundesvorsitzende Maria Heubuch macht den Job schon länger, seit sie aus dem Engagement vor Ort für eine bäuerliche Agrar-, besonders eine bäuerliche Milchpolitik Mitte der 90er Jahre den Schritt in die überregionale Ebene gewagt hat. Die gelernte Hauswirtschaftsmeisterin weiß, wovon sie spricht, wenn es um die Situation kleiner Milchviehbetriebe in Grünlandregionen geht, schließlich bewirtschaftet sie gemeinsam mit ih-

rem Mann Franz und mit tatkräftiger Unterstützung der beiden erwachsenen Söhne Alexander und Michael einen Hof im württembergischen Allgäu mit 40 Kühen und 30 Hektar Grünland, einer kleinen Biogasanlage (18 KWh) und ohne Silagefütterung zwecks Emmentalerproduktion. Gleichzeitig hat sie immer schon den Blick über den Tellerrand geworfen, um die Anliegen aller bäuerlichen Betriebe nicht aus den Augen zu verlieren.

Grünland überall

Der neue Bundesvorsitzende an ihrer Seite kommt vom anderen Ende des Grün-

lands. Die Wilstermarsch im Süden Schleswig-Holsteins ist wie das Allgäu ohne Hügel, nur noch tiefer. Hier gehen die Kühe noch lange Zeit des Jahres auf die Weide, auch die 90 von Bernd Voß. 90 Hektar Grünland und 60 Hektar Acker wären im Allgäu ungewöhnlich viel, in Schleswig-Holstein sind sie es nicht. Die Milchpolitik hat die AbL-Vorsitzenden schon vor zehn, fünfzehn Jahren in Diskussionsrunden zusammengebracht. Für ihre Höfe – die sie konventionell bewirtschaften – haben sie beide jeweils individuelle Wege entwickelt, raus aus Abhängigkeiten und Rationalisierungsspiralen.

Bäuerliche Zukunft

Auch Bernd Voß hat sich nie nur mit Milch zufrieden gegeben. Politisiert durch die aufkeimende Anti-AKW-Bewegung, die den Bau des vor seinem Hofort liegenden Kernkraftwerks Brokdorf verhindern wollte, wurde er schon früh ein Organisator von Widerstand und Selbsthilfe. Damals noch in der Landjugend war er Mitverfasser der ersten politischen Stellungnahme einer bundesweiten Jugendorganisation gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft. Energie blieb neben Landwirtschaft Voß's Thema, er hat beides vererbt, sein Sohn hat mit 13 Jahren das Grünland und den Acker gemacht, jetzt

mit 25 studiert er „erneuerbare Energien“. Auch Bernd Voß hat landwirtschaftliche Wurzeln. Den elterlichen Hof übernahm sein Bruder, er begann, nach dem Landwirtschaftsstudium in Rendsburg, einen aufgegebenen Hof wieder zu beleben, weiß also auch um die Frage der Existenzgründung in der Landwirtschaft. Irgendwann in der Zeit „lag auf dem Küchentisch mal die Bauernstimme, mitgenommen von einer Veranstaltung“, sagt der Norddeutsche schmunzelnd. Bernd Voß mischte sich ein, erst vor Ort für die Grünen im Kreistag, später im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union (EWSA) und schließlich in der Landespolitik. Da war er auch schon Mitglied im AbL-Bundesvorstand. Zur Milchpolitik und der Energiewende, die ihn schließlich auch persönlich berühren – 2007 hat er mit 14 Berufskollegen eine grasbetriebene 500 KWh Biogasanlage gebaut – kamen der Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft und nicht zuletzt die EU-Agrarpolitik als Themen dazu. Schaffen kann er all das, weil inzwischen zwei Mitarbeiter auf dem Hof sind. Vertritt man als grüner Landtagsabgeordneter bäuerliche Interessen, steht man auch mal allein da. Als AbL-Bundesvorsitzender ist die Gestaltung einer Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft eine Gemeinschaftsaufgabe. cs



Der neue Bundesvorstand: (v.l.) Bernd Schmitz, Martin Schulz, Claudia Schievelbein, Gertraud Gafus, Henrik Maaß, Maria Heubuch, Bernd Voß, Johanna Böse-Hartje Foto: Nürnberger

Eine grüne Cordhose

Eine Begegnung von Matthias Stührwoldt

Das erste Mal, dass ich Friedrich Wilhelm Graefe zu Bahringdorf begegnete, war Ende der achtziger Jahre. Ich hatte gerade angefangen, agrarpolitisches Interesse zu entwickeln, und war mit einem hübschen blonden Mädchen zusammen übers Wochenende nach Halle in Westfalen gefahren, um dort an einem Grünen Bauerntag teilzunehmen. Zuvor hatte ich in der Zeitschrift Natur gelesen, dass jener Politiker sicher Landwirtschaftsminister werden würde, sollten die Grünen bei der nächsten Wahl die absolute Mehrheit erringen, und dass er an seiner stets runkelrübengrünen Kleidung zu erkennen sei. Nun stand ich im Männerklo dieser Mehrzweckhalle in Halle, und neben mir urinierte also der zukünftige erste nachrevolutionäre Landwirtschaftsminister.

Die Revolution fand aber woanders statt. An jenem Wochenende fiel die Mauer, und das blonde Mädchen – das ihrem Freund aber sowas von treu war – und ich standen auf dem Rückweg aus Halle im Trabistau auf der A2, und alle waren am

Feiern. Als ich an jenem Abend nach Hause kam, brannte der Jungviehstall unseres Nachbarn bis auf die Grundmauern nieder, und noch in der Nacht half ich ihm, seine Kühe zu melken, als der Strom wieder angeschaltet war.

Wenig später trat ich der AbL bei. Die alljährliche Reise nach Altenkirchen zur BMV gehörte bald zu meinem Jahresablauf wie Weihnachten, Ostern und die Sonnenwenden, und allmählich begann ich zu begreifen, wie es lebte in dieser so seltsam einmaligen, bunten Organisation. Und der runkelrübengrüne Friwi lebte in ihr. Friwi wurde AbL-Vorsitzender. Ich habe nur wenige seiner legendären, freigehaltenen Altenkirchener Reden verpasst. Meist hing ich an seinen Lippen, und immer wieder wünschte ich mir, doch einmal so klar zu sehen wie dieser große Mann. Einmal so analysieren können, und einmal so sprechen, dass der andere es versteht. Es ist ein paar Jahre her, dass Friwi seine größte Rede hielt. Jedenfalls die größte, bei der ich dabei war. Er sprach über die Würde von uns Bauern;

ihm stockte die Stimme, und die Tränen liefen ihm über die Wangen. Mit feuchten Augen guckte ich mich um, und in unzähligen Gesichtern sah ich das Wasser schimmern. Friwi hatte den bäuerlichen Kern unserer Existenz frei gelegt; er hatte unsere Herzen getroffen. Es war ein Aufruf, unsere Würde zu behaupten, aber auch ein Appell an die Gesellschaft, unsere Würde zu achten. Aber ich weiß nicht, ob die Gesellschaft das gehört hat. Wahrscheinlich muss man das für sie zweimal sagen, und lauter. Ach was, man kann es gar nicht oft genug sagen. Seitdem habe ich viele agrarpolitische Fragen in einem ganz anderen Licht gesehen. Friwi hatte Recht. Agrarpolitische Auseinandersetzungen sind Auseinandersetzungen um Würde. Der Milchstreik war eine deutliche Demonstration unserer Würde und unseres Selbstbehauptungswillens. So viel bäuerliches Selbstbewusstsein hat die Gegenseite überrascht, und das grausame Niederknüppeln des Milchpreises im Jahr darauf war auch ein Versuch der Lebensmittelindustrie (und da muss man die

Molkereien einschließen), uns unser Selbstbewusstsein und unsere Würde zu nehmen. Friwi hat sich nun aus der AbL-Vorstandsarbeit zurückgezogen. Wenige Tage später hat er seinen siebzigsten Geburtstag gefeiert. Zum ersten Mal war ich dort, auf seinem wunderschönen Hof. Und ich hätte ihn fast nicht erkannt; denn er hatte keine grünen Klamotten an, sondern einen schwarzen Anzug. In seiner Diele hing das Plakat, das vor 23 Jahren bei uns in der WG in der Küche hing: „Viele Bäuerinnen und Bauern braucht das Land!“ Das ist heute so richtig wie damals. Einstweilen hoffe ich, Friwi wie jedes Jahr spätestens in Altenkirchen wieder zu sehen. Ich möchte noch oft von seiner schieren Wucht in die Gedanken getrieben, ich möchte noch oft von ihm ans Herz gepackt werden. Und um in meinem Alltag stets daran erinnert zu sein, dass wir Bauern um unsere Würde kämpfen müssen, habe ich mir neulich beim Landhandel erstmal eine grüne Friwi-Gedächtnis-Cordhose gekauft. Und was soll ich sagen: Sie sieht gut aus!



Bäuerliche Landwirtschaft 2.0

Open Source und Sozial vernetzt bei der jungen AbL Tagung

Vernetzung ist wichtig, da kann die AbL auf viel Erfahrung zurückblicken, aber welche neuen Möglichkeiten lassen sich dafür miteinander beiziehen? Und wie ist es um notwendige „offen zugängliche Quellen“ für die bäuerliche Landwirtschaft, wie z.B. das Saatgut, bestellt? Die rund 40 TeilnehmerInnen der jungen AbL Tagung in Altenkirchen knöpften sich aus der Computerbranche stammende Konzepte gezielt für die Landwirtschaft und die agrarpolitische Arbeit vor.

Saatgutfreiheit

Als Auftakt drehte sich am ersten Abend alles um das Saatgut als eine elementare Grundlage der Landwirtschaft, dessen Verfügbarkeit auf verschiedene Weise weltweit durch Konzerninteressen eingeschränkt wird. Um als junge AbL auf Probleme und Unrecht aufmerksam zu machen, wurden sofort erste Ideen und mögliche Anlässe gesammelt: u.a. ein Aktionstag im Frühjahr in Brüssel zusammen mit der Kleinbauernorganisation La Via Campesina, Infoveranstaltungen an Agrarunis, Saatguttausch als kurzfristige Massenaktion (Flash Mob).

Kommunikation ist alles

Ganz im Zeichen der Kommunikation standen die drei Workshops am Folgetag: Eine Gruppe diskutierte unterschiedliche Formen der Internetnutzung im Bezug auf die interne und öffentliche Arbeit der jungen AbL. Die geplante neue Internetseite wurde als dringlichste Aufgabe angesehen, um die Anliegen

und Aktivitäten für neue Interessierte anschaulich darzustellen. Ein weiterer Arbeitskreis befasste sich mit den Stärken und Risiken des neuen Internetportals Landwerk für bäuerliche Direktvermarkter (bald unter: www.landwerk.org). Auf dieser professionell vorbereiteten Seite sollen Höfe sich und das Angebot ihres Hofladens regions- und verbandsübergreifend präsentieren können. Die dritte Gruppe beschäftigte sich mit dem Konzept der Gewaltfreien Kommunikation (GfK) und dessen interessantem 4-Schritte-Modell: wertfreie Beobachtung einer Situation, Einfühlung mit sich selbst und dem Anderen, und das Erkennen von Bedürfnis-

sen, die hinter Worten und Handlungen stehen. Am Ende kann eine Bitte an das Gegenüber stehen. Die GfK setzt eine bewusste Auseinandersetzung mit sich und Anderen voraus. Es geht dabei nicht nur um eine Gesprächsstrategie, sondern vielmehr um eine Lebenshaltung, die Situationen schaffen kann, in denen alle Beteiligten gewinnen und sich wertschätzende Beziehungen entwickeln. Dies kann dazu beitragen, Raum für Kreativität zu schaffen und in Konfliktsituationen Lösungen zu finden, die alle Beteiligten zufriedenstellen.

Bigi Möhrle, Rebecca Simon, Christine Weißenberg



Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft.

Foto: Thomsen

Nachwachsen statt Weichen!

Existenzgründung in der Landwirtschaft und außerfamiliäre Hofübergabe

Um über Alternativen zum Höfesterben zu diskutieren, beteiligten sich Ende November etwa 120 vornehmlich junge TeilnehmerInnen an einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Grünen. Deren agrarpolitischer Sprecher Friedrich Ostendorf bedauerte, dass sich die Landwirtschaft in Deutschland nach wie vor nach der gängigen Lehrmeinung „wachsen oder weichen“ entwickelt. Bäuerliche Strukturen gehen so verloren. Zwei Drittel aller Betriebe haben keinen Nachfolger.

Einstiegsschwierigkeiten

Für junge Menschen, die ihr Auskommen in der Landwirtschaft finden wollen, ist es extrem schwierig an Kapital und Land für den Einstieg zu kommen, erklärte Joris Baecke von der Vereinigung europäischer JunglandwirtInnen CEJA. Einen landwirtschaftlichen Arbeitsplatz einzurichten, kostete heute knapp 400.000 Euro rechnet Christian Vieth vor, der als Leiter der Hofbörse hofgruender.de schon seit mehreren

Jahren ExistenzgründerInnen begleitet. Für Menschen, die in einem ziemlich schlecht bezahlten Bereich wie der Landwirtschaft zunächst angestellt arbeiten, ist diese Summe schwierig zu erwirtschaften. Eingebracht wurden an dieser Stelle eine ganze Reihe einfacher Vorschläge, wie ExistenzgründerInnen gerade in der harten Gründungsphase der ersten drei Jahre unter die Arme gegriffen werden könnten: Zinsverbilligungen, finanzierte Beratung oder eine Gründungsprämie, die nicht an Auflagen wie Mindestinvestitionssummen gebunden ist, schätzt auch Moritz Schäfer von der jungen AbL als sinnvolle Maßnahmen ein. Er hat im letzten Jahr außerfamiliär einen Milchviehbetrieb übernommen und neben dem Kaufpreis u.a. qualifizierte Beratung und Geld für Umbauten und gebrauchte Geräte aufreiben müssen.

Nachbarn statt Hektar

Peter Bleser, Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums, sah hingegen

keinen Handlungsbedarf bei der Existenzgründung. Der Strukturwandel wird nicht als problematisch angesehen. Ernsthaftige Versuche die ländlichen Räume als lebendige Umgebung zu erhalten, müssten sich jedoch insbesondere in politischen Anstrengungen zum Erhalt möglichst vieler Bauernhöfe niederschlagen, da diese maßgeblich für die Gestaltung der Regionen sorgen, stellte Frieder Thomas vom Kasseler Institut für ländliche Entwicklung kritisch fest. Um sich nicht nur auf die Politik zu verlassen, kam auch die Möglichkeit selbst organisierter Alternativmodelle zur Sprache: Der Gärtner Christian Hiß stellte die von ihm gegründete Regionalwert AG vor, in der Menschen einer Region Kapital in Form von Aktien zur Verfügung stellen. Dieses wird in den Erhalt und die Neugründung bäuerlich wirtschaftender Betriebe investiert.

Iris Wemheuer, Bäuerin und Landwirtschaftsstudentin, Moritz Schäfer, Bauer und junge AbL, Christine Weißenberg

Maisvielfalt in Berlin

Drei Dutzend Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten am 7. Dezember vor der Botschaft Mexikos in Berlin gegen den Anbau von gentechnisch verändertem (gv) Mais. In dem mittelamerikanischen Land soll nach dem Willen von multinationalen Konzernen wie zum Beispiel Monsanto und Pioneer-Dupont in diesen Wochen die Genehmigung für die kommerzielle Nutzung von gv-Mais erteilt werden. Mexiko ist die Ursprungsregion der Kulturpflanze Mais, noch heute gibt es dort Tausende von unterschiedlichen bäuerlichen Sorten. Zusammen bilden sie eine grosse Vielfalt im Geschmack, in Wachstumseigenschaften, Resistenzen gegen Krankheiten und vieles andere mehr. Diese Vielfalt ist die Ausgangsbasis für die Züchtung zukünftiger Maissorten auf der ganzen Welt. Sie ist nun durch gentechnische Kontamination bedroht. Ein großer Teil der lokalen Bevölkerung in Mexiko wehrt sich seit Jahren gegen die drohende Kultivierung von gv-Mais. Bisher durfte dieser nur in Versuchen ausgebracht werden. cp

GV-Weizen zur Freisetzung zugelassen

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat einen mehrjährigen Freilandversuch mit gentechnisch verändertem Weizen in Sachsen-Anhalt genehmigt. Bis 2014 kann das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) nun seine Experimente auf einer Versuchsfläche von 10.000 Quadratmetern im Schaugarten Üplingen in Ausleben durchführen. Umwelt- und Landwirtschaftsorganisationen fürchten, es könnte zu gentechnischen Verunreinigungen benachbarter Flächen kommen – und das obwohl aus ihrer Sicht keine ausreichende Prüfung auf Gesundheitsrisiken stattgefunden hat. An den Weizenpflanzen wurden komplexe Eingriffe in die inhaltliche Zusammensetzung vorgenommen um einen beschleunigten Sacharosetransport in das Korn herbeizuführen. Dies soll durch eine bessere Energieversorgung zu einem höheren Korn- und Proteinertrag führen. Eine Gutachterin der Kritiker bezeichnete die Genehmigung des Versuchs wegen der mangelnden Prüfung des Weizens als „rechtswidrig“. cw

Polen schafft Gesetz für Gentechnikanbau

Bislang ist in Polen der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen eine rechtliche Grauzone, da weder erlaubt noch verboten. Einzig für den Handel mit Gentechnik-Saatgut existiert ein Verbot. In der Folge kaufen Landwirte, die GV-Pflanzen anbauen wollen, das Saatgut aus dem Ausland um es anschließend ohne jegliche Kontrollen auszusäen. Die EU Kommission hatte die polnische Regierung mehrfach und mit zunehmendem Druck gemahnt geltende EU-Vorschriften zur Überwachung der Anbaugelände von genetisch veränderten Organismen (GVO) in nationales Recht umzusetzen. Ein entsprechendes Gesetz wurde nun vom polnischen Senat verabschiedet und muss im letzten Schritt von Präsident Bronislaw Komorowski unterzeichnet werden. Neben der Einführung eines Anbauregisters für GV-Pflanzen wird so jedoch im gleichen Zug der Anbau legitimiert und der Handel mit gentechnisch verändertem Saatgut möglich. Parallel zum Gesetzgebungsverfahren demonstrierten in Warschau mehrere hundert Menschen gegen die Risikotechnologie, die nach Schätzungen von Greenpeace Polen im Frühjahr 2012 auf 3.000 Hektar eingesetzt wurde. cw

Kurzes am Rande

Vorsicht bei Patenten!

Undurchsichtiges Einheitspatent erfordert klare EU-Richtlinie

Leben vermehrt sich selbst und gehört sich selbst“ schleuderte Edith Lirsch, Bäuerin und Landesvorsitzende der AbL Bayern, bei einer Kundgebung dem mächtigen Gebäude des Europäischen Patentamtes (EPA) in München entgegen. Sie forderte dazu auf, endlich die Fenster der abweisenden Glasfront zu öffnen, hinter denen immer wieder Pflanzen und Tiere - gentechnisch verändert aber auch konventionell gezüchtet - patentiert werden, und den Menschen zuzuhören statt nur den Unternehmen: Rund 1000 Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, VerbraucherInnen, Umwelt- und Tierschützer sowie PolitikerInnen waren am 30. November dem Aufruf eines breiten Bündnisses zur Demo gegen Gentechnik und Patente auf Leben gefolgt. Unter dem Motto „Wir blasen euch den Marsch“ waren neben lautstarker bayrischer Blasmusik vielfältige und entschlossene Argumente gegen die Patentierung von Leben zu hören: Es handle sich um keine Erfindungen sondern um Lebewesen, deren Existenz, Entwicklung und Eigenschaften nicht Einzelnen „gehören“ können. Als lebendige Ressourcen sind Nutzpflanzen und -tiere durch biologische Züchtungsverfahren beständig von vielen Menschen weiterentwickelt worden und grundlegend für die Landwirtschaft und die Ernährung. Diese der umfassenden Kontrolle einzelner Unternehmen zu unterwerfen, bedrohe weitere vielfältige Züchtung und führe zu Abhängigkeiten. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang vor allem die Struktur der Patentvergabe, denn das EPA sei finanziell

abhängig von den Patentgebühren und somit nicht unparteiisch und ausreichend kritisch.

Einheitspatent auf Abwegen

Viele der genannten inhaltlichen und vor allem strukturellen Kritikpunkte hätten in einem auf EU Ebene jahrelang verhandelten und am 11. Dezember vom EU Parlament verabschiedeten Gesetzespaket zum sogenannten Einheitspatent beachtet und eingearbeitet werden können. Zur Zeit müssen Patente, die vom EPA auf Grundlage eines zwischenstaatlichen Übereinkommens und der EU Biopatentrichtlinie gewährt werden, anschließend in einzelne nationale Patente umgewandelt werden. Mit dem Einheitspatent sollte die Struktur für eine automatische Gültigkeit der Patentansprüche in allen EU Staaten geschaffen werden, um das Verfahren für Patentanmelder zu vereinfachen. Nun ist dafür ein für Patentkritiker fragwürdiger, durch die Mangel der Industrielobby gedrehter Kompromiss ohne Spanien und Italien auf den Weg gebracht: Zuständig für die Patentvergabe bleibt das EPA und die geforderte unabhängige Gerichtsinstanz wird über ein zwischenstaatliches Abkommen geregelt und somit als weitere Parallelstruktur dem Einflussbereich der EU Institutionen wie dem Parlament oder dem Europäischen Gerichtshof weitgehend entzogen.

Einfluß auf Züchtung

Im Abkommen enthalten sind zumindest einige inhaltliche Punkte, die die Reichweite der Patente auch im Bezug auf Lebewesen und ihrer Nutzung in Landwirtschaft und Züchtung festlegen. Eingang gefunden haben jedoch nur sehr eingeschränkte Privilegien. Die zustimmungsfreie Nutzung von einmal erworbenem patentierten Saatgut oder Zuchtvieh zur Züchtungsarbeit und Lebensmittelherstellung ist zwar möglich, aber der freie Verkauf von daraus entstandenem neuen Saatgut oder Zuchtvieh nicht. Das sieht Christoph Then von der Initiative „No patents on seeds“ als eine problematische Einschränkung für züchterische Arbeit von LandwirtInnen und kleinen sowie mittelständischen Unternehmen und Initiativen. Umso wichtiger ist es ihm gemeinsam mit vielen Menschen, Organisationen und kritischen Politikern weiterhin politischen Druck aufzubauen durch inhaltliche Debatten und Demonstrationen, damit Willensbekundungen des deutschen und des EU Parlamentes zur Änderung der inhaltlichen Gesetzesgrundlagen im Bezug auf Patente auf Leben auch tatsächlich angegangen und in konkreten Verboten umgesetzt werden.



Vielstimmig gegen Patente auf Leben!

Foto: Weißenberg

cw

Bäuerlicher Boden

Drängendes Thema Landvergabe von Kirche und Staat

Sie mussten alle an uns vorbei“, schmünzelt Claudia Gerster von der AbL in Thüringen noch heute, wenn sie an ihre gelungene Aktion zur Synode der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands denkt. Lautstark hatten sie auf sich aufmerksam gemacht an der einzigen unverschlossenen Tür der Michaeliskirche in Erfurt, in der Ende November der Auftaktgottesdienst zur Synode stattfinden sollte. Allen voran der aktionserprobte Bio-Imker Michael

im Besonderen schützen, wenn sie denn nicht mit den Machthabenden unserer Welt gemeinsame Sache machen will. Dies sollte sich auch in den Kriterien ihrer Landvergabepraxis zeigen!

Auch der Staat

Der Zugang zu Land wird nicht nur in Ostdeutschland immer mehr zum Thema, seit außerlandwirtschaftliche Investoren ihre Liebe zum Boden entdeckt haben.

Durch die Strukturen und alten Abhängigkeiten im Osten verbunden mit der BVVG als zentrale Bodenquelle, wird hier im extrem sichtbar, wie sich eine politisch motivierte Bodenpolitik auswirkt: ausschließlich zu Gunsten großer Strukturen. Änderungen am Grundstücksverkehrsgesetz wären erste Schrauben, die in eine andere Richtung gedreht werden könnten. Es fehlt bislang der politische Wille. Auch die Kirche hätte Handhabe, wenn sie wirklich etwas ändern wollte, doch stattdessen macht sie gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) eine Aktion gegen Landgrabbing in den Ländern des Südens. Vor der eigenen Haustür tun sich beide

schwer, das Thema offensiv anzugehen. Auch die Landesbischöfin von Thüringen, Ilse Junkermann, muss an den Bauern und Bäuerinnen an der Kirchentür in Erfurt vorbei, sie verspricht, sich des Themas anzunehmen. Zumindest die Kirche kommt langsam nicht mehr darum herum, Claudia Gerster war gerade zum ersten Mal in einem vor der Wende viel beachteten und nun wiederbelebten kirchlichen Arbeitskreis zu Landwirtschaft und Umweltfragen. Und Michael Grolm würde sicher auch spektakulärere Aktionen mitmachen als nur Thesenanschläge, wenn es nötig wird. cs

Auf der AbL-Mitgliederversammlung ist ein Netzwerk zum Thema entstanden, Infos bei Georg Janßen, 04131 407757



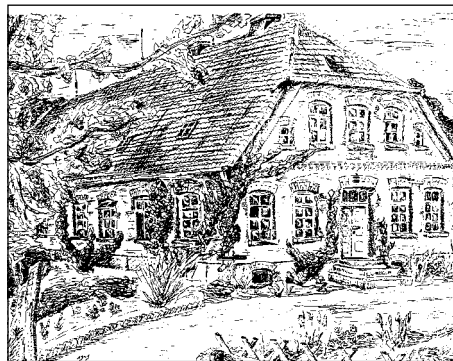
Imker Grolm auf Luthers Spuren

Foto: Kersten

Grolm, der wirkungsvoll zehn Thesen zum Boden an die Kirchentür nagelte. Es geht um die Kritik der Landvergabepraxis der Kirche, die die AbL in der Vergangenheit bereits mehrfach geübt hatte. „Wir müssen uns jetzt Gehör verschaffen, sonst entsteht hier auch nichts mehr und die letzten Brocken sind vergeben“, beschreibt Bäuerin Gerster die Lage. Zwar gibt es kirchliche Leitlinien zur Vergabe des Pachtlands nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten, die jüngst sogar überarbeitet wurden, dennoch werde in den meisten Fällen nach finanziellen Gesichtspunkten verpachtet, so die Erfahrungen der AbLer. Den Zuschlag bekämen fast immer die Großbetriebe, die Agrarindustrie. Dabei habe die Kirche doch eindeutig einen Auftrag zum Schutz der Schöpfung, so führen es die zehn Thesen aus und schließen mit der folgenden: Der Kirche sollte die kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft besonders am Herzen liegen und sie müsste sie

Neophyten

Es gibt Unterschiede zwischen den Großmüttern von früher und den Omas heutzutage. Während meine Oma ihr Leben zwischen den vier K's Kinder, Küche, Kühe, Kirche meisterte, führt meine Mutter, mittlerweile auch schon im achtzigsten Lebensjahr, ein ganz anderes Leben. Sie genießt mit ihrer Freundin Ferien an der Ostsee, reist mit dem Gospelchor nach Polen, macht eine Tour mit dem Entdeckerbus in die Lüneburger Heide und sie ist äußerst wissbegierig. Ereignisse, Gedanken und Fragen werden aufgeschrie-



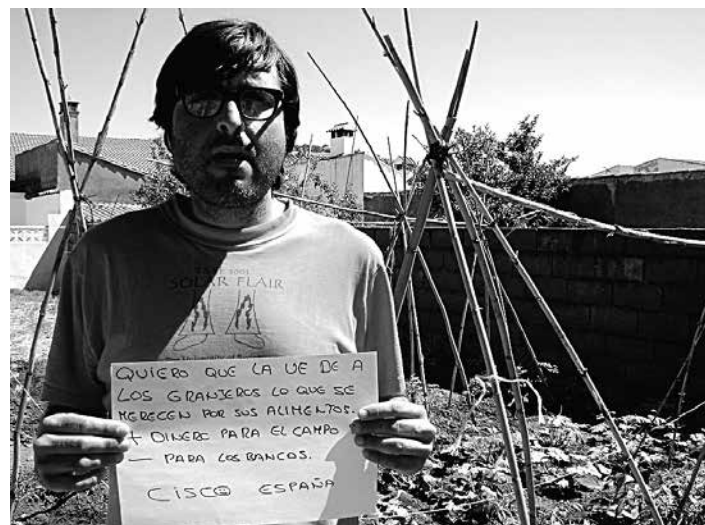
... aus Niedersachsen

ben, und wenn dann ein Besuch bei uns auf dem Programm steht, haben wir stets eine lange Liste miteinander abzuarbeiten. Letztes Mal fragte sie mich: Kennst du eine Ambrosia-Pflanze? Allergiker sollen auf die Pollen dieses Gewächses besonders heftig reagieren. Ich war erst mal ratlos, aber Dank schnellem Internet konnten wir bald unseren Wis-

sensdurst stillen. Begeistert berichteten wir während unserer täglichen Kaffeestunde der Familie über unsere neu gewonnenen Erkenntnisse. Es begann eine rege Diskussion über die hier an sich nicht heimischen Pflanzen, Neophyten genannt. Meinem Sohn fiel ein, er hätte ein großes unbekanntes Exemplar in unserem Maisfeld entdeckt. Es handele sich aber nicht um den Riesen-Bärenklau. Gleich am nächsten Tag fotografierten wir die Staude und verglichen das Bild mit der Fotogalerie im Internet. Es handelte sich eindeutig um einen Stechapfel (Datura) aus der Familie der Nachtschattengewächse, verwandt mit dem als Zierpflanze beliebten Trompetenbaum. Alle Pflanzenteile sind giftig, besonders die Wurzel und Samen, Verbreitung erfolgt durch Tiere. Obwohl der Stechapfel in Europa schon länger und häufiger vorkommt, hatten wir ihn hier in der Natur noch nie gesehen.

Da kamen uns plötzlich Fragen und Erkenntnisse in den Sinn, mit denen wir uns vorher so noch gar nicht beschäftigt hatten: Was passiert, wenn so eine giftige Pflanze gehäckselt in die Silage wandert? Oder: Könnte sie sich vielfach weiter verbreiten / wie verbreitet ist sie überhaupt? Schließlich hat sie schon ein Maisherbizid überlebt. Wo kommt sie her? Auch Themen wie „Sollte man Vögel füttern und wenn doch, muss man unbedingt auf zertifiziertes bzw. heimisches Futter achten“ wurden angesprochen. Und und und . Was die harmlose Frage meiner betagten Mutter für Denkanstöße in unserer Familie ausgelöst hat!

Eine Bäuerin (54) erzählt...



Das unerschrockene Wort

Alle zwei Jahre verleihen die Lutherstädte die Auszeichnung „Das unerschrockene Wort“ im Gedenken an Martin Luther und sein mutiges Eintreten für seine Überzeugungen, auch gegen erheblichen Druck. Diese Ehrung fand bisher wenig öffentliches Interesse. Das war dieses Jahr anders, denn es wurde unter anderem die russische Frauenpunkband „Pussy Riot“ nominiert, die durch einen Auftritt in einer Moskauer Kathedrale gegen Präsident Putin und die enge Verbindung von Kirche und Staat im heutigen Russland protestieren wollte. Gegen diese Nominierung wurde innerkirchliche Kritik laut: Der Auftritt der jungen Frauen wurde als gotteslästerlich empfunden und sollte nicht auch noch mit einem kirchlichen Preis belohnt werden. Sieger wurde schließlich eine bayrische Wirteinitiative, die in ihren Kneipen die Bedienung von Nazis verweigert. Hätte die Ehrung doch

nur ein wenig später stattgefunden, hätte man viel geeignetere Preisträger gehabt: Die mutigen PastorInnen, die es gewagt haben, in der Erntedankpredigt deutliche Worte gegen die Auswüchse der Massentierhaltung zu finden. Ihnen droht das niedersächsische Landvolk mit Bespitzelung und Denunziation, indem es seine Mitglieder per Fax auffordert, solche missliebigen Predigten zu melden. An dieser duckmäuserischen Gegnerschaft hätte der wortmächtige Reformator seine helle Freude gehabt, und man kann nur hoffen, dass auch seine Nachfolger im Predigtamt sich von solcherlei Ausspähaktionen nicht einschüchtern lassen! Für die Kirche wäre es ein schöner Nebeneffekt, wenn demnächst die Gotteshäuser wieder voller wären, dank des Zustroms aufmerksam lauschender und mitschreibender Landvolkmitglieder.

Ottmar Ilchmann, Rhaderferhn

Humusaufbau

Kürzlich hielt auf einem Fachforum Ökolandbau, veranstaltet von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, ein Professor Hülsbergen von der TU München einen interessanten Vortrag unter dem Titel „Humusaufbau als Chance im Klimawandel“. Der Vortragende berichtete von Studien, die über Jahrzehnte die Humusgehalte von landwirtschaftlich genutzten Böden beobachteten. Die Kernaussagen waren: Bei normalen dreigliedrigen Fruchtfolgen mit konventionellen Erträgen erfolgt ausgehend vom Grünland ein starker Humusabbau, der sich, wenn es gut geht, auf niedrigem Niveau einpendelt. Beim Humusabbau wird organisch gebundenes CO₂ in die Atmosphäre abgegeben. Bei Fruchtfolgen mit mehrjährigen (d.h. ohne Bodenbearbeitung) Klee- oder Lu-

zernebeständen kann ein Humusaufbau erreicht werden, der CO₂ aus der Atmosphäre bindet. Diese Prozesse dauern in beide Richtungen Jahrzehnte und können im globalen Maßstab durchaus klimawirksame Relevanz erreichen. Biogasanlagen, die hauptsächlich mit Material von normalen Ackerstandorten betrieben werden, können in der Gesamtbilanz kaum als klimaneutral, geschweige denn als klimaentlastend bezeichnet werden. Biogasanlagen, die hauptsächlich mit Klee-, Luzerne- oder Wiesengras betrieben werden, verdienen dagegen durchaus das Prädikat „klimaentlastend“. Eine Politik, die für sich in Anspruch nimmt, Klimaschutz zu betreiben, müsste solche Forschungsergebnisse in ihren Fördermaßnahmen berücksichtigen.

Wolfgang Eisenberg, Bösen

Nicht mit Wiesenhof

Massentierhaltung – in unserer Region zum Glück ein seltenes Bild. Gerade die Bauern in unserer Region stehen für eine bäuerliche Landwirtschaft. Umso schlimmer, dass man sie nun in einen Topf mit dem Agroindustrie-Unternehmen Wiesenhof steckt. Denn genau dies passiert, wenn man eine Werbung sehen muss, bei der die Molkerei Ammerland zusammen mit dem Fußballverein Werder Bremen arbeitet. Werder Bremen wird von dem Unternehmen Wiesenhof gesponsert, welches schon mehrfach wegen Tierquälerei und mangelnder Hygiene in den Medien auftauchte. Wie kann also eine Molkerei, welche einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und den Tieren propagiert, eine indirekte Zu-

sammenarbeit mit Wiesenhof eingehen. Auf der einen Seite steht Ammerland angeblich für Regionalität und für Kühe auf den Weiden und auf der anderen Seite bildet sie ein Logo von einem Unternehmen in ihrer Werbung ab, die genau das Gegenteil vermarkten – Massentierhaltung deutschlandweit zu Billigpreisen. Zudem haben die Genossen der Molkerei – die Bauern – sicherlich etwas gegen solch eine Zusammenarbeit. Denn sie arbeiten für eine bäuerliche Landwirtschaft und gehören einfach nicht in einen Topf mit der Agroindustrie.

Katja Mennenga, Ottmar Ilchmann,
Dorothea Volland,
Henning Haschenburger
Ostfriesland



Auf Augenhöhe?

Im Artikel „Artgerechte Tierhaltung keine Zauberei“ in der Bauernstimme 12/12 wird zum Ende dargestellt, dass der Schlachtbetrieb Vogler NEULAND nur benutzt habe, um sich zu profilieren. Diese Darstellung erscheint mir ungerecht und hat die Adrenalinausschüttung so erhöht, dass ich echt sauer war. Ich weiß nicht, was Familie Gerstenmeyer bzw. Jan Gerstenmeyer im Zusammenhang mit NEULAND für Erfahrungen mit Vogler gemacht hat. Offenheit habe ich dort bei Vogler in Steine vor heute gut 23 Jahren erfahren und über mehr als 10 Jahre eine gute Zusammenarbeit vorgefunden! Das Familienunternehmen Vogler hat es durch seinen EU zugelassen Betrieb erst möglich gemacht, dass die NEULAND GmbH in Lüneburg die ersten Schweinehälften an einen EU zugelassen Zerlegetrieb in Uelzen, das städtische Krankenhaus in Lüneburg und den ersten NEULAND Fleischer in Berlin liefern konnte. Es ging nicht nur um die Ideen der tierschonenden Schlachtung. Bereits die tierschonende Anlieferung und die anschließende Aufstallung der einzelnen Gruppen in Wartebuchten mit Stroheinstreu wurden von Herrn Karl Heinz Vogler sen. begleitet und unterstützt. Damals schlachtete Vogler grad mal 2000 Schweine pro Woche. Als später der Schlachthof wegen EU-Auflagen und Marktsituationen umgebaut und vergrößert werden musste, wurde die NEULAND GmbH in Lüneburg angesprochen, um ihre Vorstellung dazustellen. Was uns, den NEULÄNDERN im Landkreis zu dieser Zeit von der Familie Vogler an Hilfestellungen und Zusammenarbeit zu teil geworden ist, haben NEULAND-Bauern, die später dazugekommen sind wohl schon nicht mehr erfahren. Das von der Familie Vogler und Schlachthofmitarbeitern ausgeklügelte

Zutriebssystem ohne elektrische Viehtreiber war nicht der einzige Grund, warum der Schlachthof mit dem niedersächsischem Tierschutzpreis ausgezeichnet wurde. Der NEULAND e.V. in Bonn, aber auch die NEULAND GmbH Lüneburg waren stolz, auf solch einem Schlachthof das NEULAND Programm umgesetzt zu sehen. Als mich eines Tages Michael Vogler fragte, ob wir von NEULAND auch ein Schild von NEULAND am Betriebseinfahrtbereich haben möchte, antwortete ich mit ja, aber dann bitte auch gleich ein großes, beleuchtetes. Das wurde auch so umgesetzt und viele der selbstanliefernden NEULAND Bauern und Bäuerinnen waren stolz auf diese Werbung. Die Zeit nahm ihren Lauf und die Schlachtzahlen auf dem Schlachthof Vogler stiegen stetig. NEULAND war nur noch ein sehr kleines Segment im täglichen Ablauf. Auf die besonderen Wünsche wie z.B. Verlade- oder Zerlegezeiten von NEULAND ein zu gehen wurde schwieriger. Erste Gespräche mit anderen Schlachtunternehmen wurden aufgenommen, um den „klein zu klein“ Spezifika gerecht zu werden. Nach Beratungsgesprächen, auch zum Umbau des Schlachthof Henke (welcher auch heute noch konventionelle Schweine und Rinder schlachtet, Vogler ist inzwischen zertifizierter EU-Bio und Bioland-Lohnschlachter) u.a. durch Bernd Kuhn konnten auch hier die Vorstellungen des NEULAND e.V. umgesetzt werden. Vieles ist dem Wandel unterworfen und alles hat seine Zeit. Der Familie Vogler bin ich als ehemaliger Geschäftsführer der NEULAND Erzeugerverbraucher-genossenschaft (i.Gr.) und als erster Geschäftsführer der NEULAND GmbH Norddeutschland mit Sitz in Lüneburg dankbar für alle Unterstützung.

Heinrich Rahlfs, Lüneburg

Vorzeigeprojekt in der EU

Europa, das verbindet sich in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung zurzeit in erster Linie mit Begriffen wie Finanz-, Euro-, Haushalts- oder Schuldenkrise. Dabei hat auch die Agrarpolitik in zweierlei Hinsicht das Zeug zur großen Schlagzeile. Das zumindest belegt der soeben erschienene Kritische Agrarbericht (KAB) 2013, der dem Schwerpunktthema „EU-Agrarreform“ gewidmet ist. Erstmals entscheidet ein demokratisch gewähltes Gremium, das EU-Parlament, mit über die Zukunft der EU-Agrarpolitik, den ersten und in dieser Form bis dato einzigen voll vergemeinschaftlichen Politikbereich in der EU (woraus sich im Übrigen auch der mit rund 40 Prozent hohe Anteil an Agrargeldern im EU-Haushalt erklärt). Ohne die Zustimmung des Parlaments gibt es keine Reform. Zu diesem „Demokratisierungsprozess“ gehört aber auch, dass die Zivilgesellschaft in bisher noch nie dagewesenem Umfang an der Willensbildung zur Zukunft der Landwirtschaft in Europa teilnimmt und klar Position bezieht, wie der KAB anschaulich darlegt. Und zum zweiten besteht die Chance, dass mit der Entscheidung über die GAP-Reform 2013 die Weichen zugunsten eines Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Ökologie, Klima- und

Tierschutz gestellt werden. Für eine solche „zukunftsfähige Landwirtschaft“ liefert der KAB einmal mehr gute Argumente. Demokratisch legitimiert und inhaltlich neu ausgerichtet könnte die EU-Agrarpolitik zu einem Vorzeigeprojekt in der EU und darüber hinaus werden. „Könnte“, denn noch ist nichts entschieden.

febL



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2010 2009 2008 2007
 22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€ Neu!
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€ Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande



SuperGAudi

Ein Gesellschafts- und Strategiespiel für alle im Alter von 10 -24.000 Jahren. Die Geschäfte laufen glänzend, doch die Chefs der großen Atomkonzerne haben ein Problem: Sie wissen nicht wohin mit dem ganzen Atommüll. Die Halbwertszeit des strahlenden Mülls beträgt 24 000 Jahre - weil es aber schnell gehen muss mit der Lösung, begnügt sich der Atomboss mit dem Zertifikat „Auf Jahrzehnte sicher“. Genau jene Lagerstätten-Kärtchen gilt es zu finden - sollten sich nur „Muttis Kühlschrank“ oder „zuverlässige Typen“ als Lagerstätte anbieten muss getrickst werden - in der Hoffnung, dass die Öffentlichkeit die Tarnung nicht auffliegen lässt. Alle im Spiel vorkommenden Standorte werden in der Realität tatsächlich genutzt oder waren Ideen, die „Experten“ für sinnvoll erachtet haben. Strahlender Sieger ist, wer es schafft, den eigenen Müll erfolgreich unterzubringen oder anderen unterzububeln. Das Spiel fordert heraus, macht viel Spaß und informiert dabei umfassend. Spielidee und Gestaltung: Willy Dumaz, Charlotte Janus und Albrecht Seeger

Herstellung: Werkhaus Design+ Produktion GmbH www.werkhaus.de
 AKW NEIN DANKE: Der Erlös aus dem Spiel fließt in Aktivitäten zur Entwicklung von nachhaltigen und atomfreien Zukunftskonzepten im ländlichen Raum.

Bezugsquelle: Grüne Werkstatt Wendland : www.gruene-werkstatt-wendland.de; Preis 35 Euro (+ 4,90 Euro Versandkosten)



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Bitte beachten Sie die neue Anzeigenpreisliste 2013.
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €
 Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.
 Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013: www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.
 Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de
Anzeigenschluss für BS Februar ist am 17. Januar 2012.

(Klein) Anzeigen

Sonstiges

● Flotte Sie (37) möchte auf diesem Weg die Liebe finden. ☎ 0157-38718827, girli@freenet.de

● Bis zu 70 % Heizkostensparnis nur durch den Brennstoff. Markus Steinkohle-Heizkessel. Fordern Sie ein Prospekt an. mail@Biohof-Fichtner.de, ☎ 01749526280

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Im Bioland-Landesverband Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg betreuen wir über 300 Landwirte und etliche Hersteller.



Wir suchen ab Mai 2013 eine(n)

Geschäftsführer/in

Sie führen vom Standort Rendsburg aus die Geschäfte des Landesverbandes und leiten das Team vor Ort. Zu Ihren Aufgaben gehören dabei vorrangig:

- politische Lobbyarbeit in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern
- Leitung und Finanzverantwortung der Geschäftsstelle in Rendsburg
- Öffentlichkeitsarbeit und Gremienmanagement in der Region
- Kontaktpflege, Netzwerk- und Lobbyarbeit im Landesverband
- Organisation der Mitgliederbetreuung und Herstellerbetreuung in Abstimmung mit den Fachbereichen von Bioland e.V.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bioland.de/bioland/stellenangebote.html

WINDENERGIE-BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung - ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
 Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de



AbL Regionalgruppe Allgäu

Montag, den 14. Januar 2013
 20 Uhr im Gasthof Hirsch in Betzigau

Jahreshauptversammlung

Vortrag: „**Energiewende auf dem Bauernhof**“ mit Herrn Peter Schmeller

Desweiteren werden die Vorstände kurz zu der bisher geleisteten Arbeit einen Überblick geben.

Gerne darf die Einladung weitergegeben werden. Wir freuen uns auf alle, die mit Ideen, Kritik und Dialog unsere Arbeit bereichern.

Rückfragen unter Tel: 08322-1329 oder ablallgaeu@gmx.de

Gasthof Hirsch, Hauptstr. 7, 87488 Betzigau,
 Tel: 0831-5239 853, office@hirsch-betzigau.de

Energiewende

10. Januar 2013, Hohebuch
 Hohebucher Agrargespräch zu Energiewende und Landwirtschaft mit Prof. Karin Holm-Müller, Leiterin der Professur für Ressourcen und Umweltökonomik, Uni Bonn.
 LHVHS Hohebuch, ☎ 07942 107-0, Fax: -20, www.hohebuch.de, Kursnr.: JP13135

Die verschwiegenen Investoren

17. Jan. 2013, Grüne Woche Berlin
 Warum Kleinbauern ins Zentrum der Agrarinvestitions-Debatten gehören. Fachpodium des Global Forum for Food and Agriculture zum Thema Kleinbauern in Entwicklungsländern und Gefahren der Kooperation mit der Privatwirtschaft in der Entwicklungshilfe.
 Grüne Woche Berlin, 15 bis 17 Uhr, ICC Berlin, Saal 6

Preiskalkulation

23. Januar 2013, Darmstadt
 Das Seminar richtet sich an Betriebe mit hofeigener Verarbeitung und Direktvermarktung, die wissen wollen, wie sie die Preise ihrer Produkte optimal festlegen, um ein gutes wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen, mit Übung von Fallbeispielen und Rechenbeispielen auf dem Hofgut Oberfeld Landwirtschaft AG.
 Anmeldung bis 16. Jan.: Demeter Hessen und Demeter Beratung, ☎ 06155 8469-46, Fax: -12, juliane.klatt@demeter.de

Schwein gehabt?
31. Januar 2012, Landshut
 Film und Diskussion mit der BI im Landkreis Landshut gegen die Errichtung einer Schweinemastanlage. Gezeigt wird die NDR Panorama Reportage "Die Spur der Schweine".
 19.30 Uhr, Landshut, www.bi-unsstinkts.de, Filmvorführung kostenfrei

Hofübergabeseminar

02. und 03. Februar 2013, Hohebuch
 Unter Leitung von Veronika Grossenbacher und Angelika Sigel referieren der Steuerberater Meyer zu Berstenhorst sowie Helmut Bleher vom Kreisbauernverband Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems zu Gesetzen und Verordnungen, Reform Erbschaftsteuerrecht sowie Alterssicherung und Pflegeversicherung. Eingeladen sind Hofübergeber mit Partner, Hofübernehmer mit Partner sowie weichende Erben.
 Anmeldung bis 28. Jan.: Ev. Bauernwerk, Andrea Scherer, ☎ 07942-107-74, Fax: -77, A.Scherer@hohebuch.de
 Zur Vorbereitung des Seminars wird ein Materialheft zur Hofübergabe, das jedes Jahr aktualisiert wird, angeboten.

Glyphosat-Konferenz

06. Feb. 2013, Stuttgart
 Die Zulassungs- und Bewertungspraxis der EFSA am Beispiel der Glyphosatstudie von Prof. Serlini et al.
 9.00 Uhr bis 17.30 Uhr, Uni Hohenheim-Veranstalter: Gentechnikfreies Europa e.V.; office@gentechnikfreies-europa.eu

AbL-Bodenkonferenz

14. Februar, Jevestedt
 Der Bodenmarkt ist umkämpft wie niemals zuvor. Über die Bedeutung der Bodenfruchtbarkeit, die Entwicklung des Bodenmarktes und über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Zugangs zu Land soll informiert und diskutiert werden.
 10:00 - 15:00 Uhr, Möhls Gasthof (www.moehls.de) in 24808 Jevestedt, Dorfstr. 12, nahe Rendsburg; Shuttle vom Bf Rendsburg und Anmeldung: Jan Wendel, AbL Schleswig-Holstein, (wendel@abl-ev.de), 0152 28545399

Betriebe ohne Hofnachfolge

23. und 24. Feb. 2013, Hohebuch
 Die Betriebsaufgabe bei Haupt- und Nebenwerkbetrieben stellt die Familien vor viele Fragen. Dazu referieren Steuerberater Meyer zu Berstenhorst sowie Harald Teichgräber vom Bauernverband Schwäbisch Hall-Hohenlohe-Rems unter der Leitung von Angelika Sigel und Veronika Grossenbacher.
 Infos und Anmeldung bis 18. Feb.: Ev. Bauernwerk, Andrea Scherer, ☎ 07942-107-74, Fax: -77, A.Scherer@hohebuch.de. Zur Vorbereitung des Seminars wird ein Materialheft für Höfe ohne Nachfolger, das jedes Jahr aktualisiert wird, angeboten.

EIL | Freund & Partner Latherstadt Wittenberg Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
 Marcel Gerds
 Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

GRÜNER LAND – VIELFÄLTIG STATT EINTÖNIG

**Konferenz zur Internationalen Grünen Woche 2013
 am 19.01. um 14.30 Uhr im Deutschen Theater in Berlin**

mit Renate Künast MdB, Friedrich Ostendorff MdB, Gerd Sonnleitner (COPA), Felix Prinz zu Löwenstein (BÖLW), Dr. Ludger Breloh (REWE) u. v. a.
 Gastbeitrag: Matthias Stührwoldt (Biobauer und Autor)

Infos und Anmeldung:

www.gruene-bundestag.de » News » Termine

UNS GEHT'S UMS GANZE



www.gruene-bundestag.de

Offener Brief an DBV-Präsident

Sehr geehrter Herr Bauernpräsident Joachim Rukwied
Aus unterschiedlichen Pressemitteilungen habe ich über die Anhörung des Bundestags-Agrarausschusses am 22. Oktober gelesen. Die Vielzahl der Positionen, die im Ausschuss vorgetragen wurden, sind schon lange im Vorfeld deutlich publiziert gewesen. Ich hatte gehofft, zur Anhörung hätten sich einige Standpunkte geläutert.

Ihr Beitrag bei der Anhörung hat mich doch ein wenig irritiert, als Sie von wunderschönen Landschaften sprachen, die Sie zwischen Hannover und Bremen durchfahren haben und diese in Verbindung mit dem „Greening“-Programm brachten und mit Ihrem Zitat: Wir sind der Garant für den Erhalt der Biodiversität. Da ich diese Strecke sehr gut kenne und auch in diesem Jahr mehrfach wegen meiner landwirtschaftlichen Beratungen gefahren bin, auch abseits der Schnellstraßen, habe ich in diesem Sommer eher den Eindruck gewonnen, es ginge um die Umsetzung eines „Yellow“-Programms. Sikkationsflächen (Sikkation = „trocknen“) mit Getreide, Raps und Kartoffeln zur Ernteerleichterung, großflächig in der Feldflur erkennbar, meist ohne erforderliche dringende Gefahrenabwehr (Lager, Überflutung, Nässeperioden) waren in der „wunderschönen“ Landschaft nicht zu übersehen. Nachernteinsatz mit den gleichen Wirkstoffen (Glyphosat) gegen Auflaufgetreide oder auflaufende Ölsaaten zeigten sich bei meiner sechs Wochen späteren Durchfahrt schon fast als Regelfall. Hier haben einige unserer Berufskollegen „ohne Not“ ihre gesamte Ver-

antwortung für Klima- und Bodenschutz abgeschaltet! Die Zerstörung der Pflanzenbedeckung auf diesen Flächen, zum Teil über mehrere Monate, hebt die Kühlung (Verdunstungskühlung) dieser Flächen auf, was zur weiteren Klimaerwärmung beiträgt.

Unbegrünte Ackerflächen sind schutzlos den immer stärker werdenden Witterungsereignissen ausgeliefert. Nachweislich können bis zu 80 Prozent der Erosionsereignisse durch überwinterte Begrünung verhindert werden. Die nachweisbare toxische Wirkung glyphosathaltiger Mittel auf Bodenorganismen (einfache Bakterien, Mehrzeller und Regenwürmer), wird billigend in Kauf genommen. Gerade hier zeigt sich die verheerende Wirkung auf den Gesamtzustand unserer Böden. Werden diese Ackerflächen zusätzlich noch gepflügt, gehen bis 15t CO₂/ha in die Umwelt. Die Behauptung: Kartoffeln, Raps und Getreide würden erst „nach“ der Ernte zu „Lebensmitteln“, um eine Sikkation mit glyphosathaltigen Mitteln 7 (14)???? Tage vor der Ernte zu rechtfertigen, ist wohl ein Schlag ins Gesicht jedes denkenden Menschen. Die Kontamination der geernteten Feldfrüchte mit dem Wirkstoff Glyphosat ist längst nachgewiesen! Sehr geehrter Herr Bauernpräsident Joachim Rukwied, ich bitte Sie um fachgerechte Aufklärung der Landwirte und der Verbraucher, um den Einsatz solcher umweltbelastenden und toxischen Mittel, insbesondere so kurz vor der Ernte der Feldfrüchte, zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Adolf Daenecke, Landwirtschaftermeister



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; Abl-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 97,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 132,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 42,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 67,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Berlin! Berlin! Wir fahren nach Berlin!

Als vor zwei Jahren die erste Demo gegen Agrarindustrie und für bäuerliche Landwirtschaft in Berlin stattfinden sollte, war ich zunächst mehr als skeptisch. Klar wollte ich hinfahren, aber ich fürchtete doch, dass nur wenige dem Aufruf, nach Berlin zu kommen und für eine andere, eine bessere Landwirtschaft ihre Stimmen zu erheben, folgen würden. Als Birte und ich dann aus dem Berliner Hauptbahnhof traten und diese vielen bunten Menschen sahen, da ging mir richtig das Herz auf, und ich dachte: Ja! Ja! Ja! Scheiße noch eins, wir sind nicht allein! Wir fingen an, uns durch die Menge zu schieben. Überall bekannte liebe Gesichter, alte Freunde, selbst solche, die sich längst aus der politischen Diskussion zurückgezogen oder vielleicht sogar resigniert hatten – alle hatten sie den Weg gefunden, und jetzt waren sie da. Schulterklopfen, freundschaftliches Knuffen, Umarmungen und eine gelöste, optimistische Stimmung. Es hatte geklappt. Hier standen 20.000 Leute – längst nicht alles Bauern, aber viele Bauern! – und zeigten, dass sie von der herrschenden Agrarpolitik die Schnauze voll hatten. Das tat gut. Und dann sah ich meinen Landini vor dem Brandenburger Tor. Ich wischte mir die Augen, ich kniff mich, ich guckte noch einmal: Er war immer noch da. Ich glaube nicht an Wunder, aber das musste eines sein. Wochen zuvor war ich von einem langhaarigen Witzenschauspieler und Jung-Abler gefragt worden, ob ich ihm für eine Fahrt zur Demo nach Berlin einen Trecker zur Verfügung stellen könne. Ich überlegte nur kurz. Der kleine Fendt Farmer 106 S – Baujahr 1976 – hatte noch TÜV, aber weder Verdeck noch Heizung. Wäre die Jugend von heute nicht so entsetzlich verweichlicht, hätte er den gut nehmen können. Das wäre auch das richtige agrarpolitische Zeichen gewesen: angepasste Technisierung und nicht zu schwer. Trotzdem habe ich gedacht: Der arme Junge, das kann ich nicht machen. Der Case Maxxum 5130, Baujahr 1994, mit Kabine und Heizung, sprang im Winter immer schlecht an und hatte außerdem einen Wackelkontakt

beim Licht. Der Fendt Favorit 611, Baujahr 1985, Heizung kaputt, hatte keinen TÜV mehr und würde vor der Demo auch keinen mehr kriegen. blieb also nur der Landini Ghibli 90, Baujahr 2002. Mein jüngstes landwirtschaftliches Gefährt. Hatten meine Eltern mir damals geschenkt. Mein Vadder hatte immer gesagt, wenn er den Hof übergebe, sollte noch ein neuer Trecker mit dabei sein. Es wurde kein neuer Trecker; es wurde ein neuer Landini. Der billigste Scheiß. Aber gut, ich will mich nicht beklagen. Ich jammere auf hohem Niveau. Ich meine,

Abends hatte ich einen Auftritt in Flensburg. Ich sagte ihm, ich würde das Telefon anlassen. Abends, in Flensburg, erzählte ich meinem Publikum, warum ich mein Handy anlassen müsse und dass, wenn es klinge, es sicher bedeute, dass ich meinen Landini erfolgreich im Osten entsorgt hätte. Wenig später klingelte es. Riesen-gelächter. Ich ging ran. Der Landini laufe prima. Es gebe nur kleine Probleme. Den Osten finde der Landini beispielsweise so schön, dass er statt 40 nur noch 30 laufe. So komme die Seele wenigstens mit. Und die Türen des



Auf die Trecker - Auf nach Berlin! Wer selbst mit dem Trecker kommen oder Pate werden will wendet sich bitte an Regine Holloh Tel: 030/28482438 Mail: holloh@meine-landwirtschaft.de; Internet: www.wir-haben-es-satt.de Spenden: DNR Umwelt und Naturschutz, Kto: 260 051 81; BLZ: 370 501 81 Verwendungszweck: Treckerpatenschaft Demo 2013

**UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE
 BAUERN AUF IHREM
 WEG NACH BERLIN
 WERDEN SIE TRECKERPATE!**



wenn der Landini heil ist, dann fahre ich ihn gerne. Leider ist er nur selten heil. Immerhin fuhr er 40, hatte eine Kabine und eine funktionierende Heizung. Genau das richtige für einen Ausflug in die Stadt. Ich sagte dem Studenten zu. Er freute sich. Ich hatte ihm noch nicht erzählt, dass ich ihm den Landini geben würde. Als er dann am Tag vor der Demo bei mir ankam, machte er erst mal große Augen. Ich glaube, von dieser Treckermarke hatte er noch nie etwas gehört. Und solch ein hässliches Blau hatte er noch nie gesehen. Ich erklärte ihm den Trecker und gab letzte Instruktionen: „Wenn der Landini im Osten irgendwo verreckt: Nummernschilder abbauen, das Wrack anzünden, und nix wie weg! Dann bin ich ihn los!“ Er lachte. Er dachte, das sei ein Scherz. Dann fuhr er los. Vorher hatten wir Handynummern ausgetauscht.

Vorgestern noch in der Kuh, heute in Berlin. Ich war begeistert. Und was soll ich sagen? Der Landini kam heil wieder zum Hof zurück und ist inzwischen zum Demoprofi geworden. Im letzten März stand er vor dem Kieler Landeshaus und hupte eine neue Regierung herbei. Nicht allein, aber er war dabei. Kaputt gehen tut er nur zuhause, unterwegs läuft er, als wäre er ein richtiger Trecker. Warum tut er das? Ich glaube, die Antwort ist ganz einfach. Er hat eine Schwäche für große Ziele und wichtige Ereignisse. Er hat immer noch TÜV, und die Heizung funktioniert. Was also sollte ihn stoppen? Der Landini und ich, wir sehen uns in Berlin! Ich freu mich drauf. Gegen Agrarindustrie! Für bäuerliche Landwirtschaft! Ab dafür!

Landini habe man sogar ganz einfach abschließen können. Leider funktioniert das Aufschließen nicht, aber das Aufbrechen sei halb so schlimm gewesen. Ich erzählte die Neuigkeiten gleich weiter. Es war ein lustiger Abend. Am nächsten Morgen fuhren Birte und ich mit dem ICE nach Berlin. Große Demo, grandiose Stimmung. Und dann, mitten im Gewühl, mein Landini vor dem Brandenburger Tor. Tränen der Rührung liefen mir über das Gesicht. Es klebte sogar noch Kuh-scheiße am Kotflügel.

Matthias Stührwaldt

unabhängige Bauernstimme: für eine bäuerliche Zukunft

01/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

 Name, Vorname Name, Vorname

 Straße Straße

 PLZ, Ort PLZ, Ort

 evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen